

# KRAKEN, GEWAPEND VERZET, IMPERIALISME, FASCISME, SMERIS, VROUWENSTRIJD...



# **DE KNIPSELKRANT**

**postbus 7001**

**9701 J.A. Groningen**

**giro: 4246655**

Gezien het feit dat er in Nederland een enorm gebrek aan kennis van revolutionaire theorie is, is in augustus 1978 besloten om deze leemte enigszins te vullen met de uitgave van een wekelijkse Knipselkrant. De Knipselkrant geeft een overzicht van berichten (krantenartikelen, verklaringen etc) uit binnen en buitenlandse publikaties (Ned/Duits/Engels), die belangrijk zijn voor revolutionair links.

Waar te koop:

Amsterdam: Het Fort van Sjakoo - Jodenbreestr.24  
Athenaeum-Nieuwscentrum - Spui 16  
v.Gennep - Nes 128

Alkmaar: Portaal - Hekelstr.11

Nijmegen: De oude mol - v.Broeckhuysenstr.48

Leiden: Manifest - Hooglandsekerkgracht 4

Wageningen: De uitbuyl - Churchillweg 1b

Haarlem: Agora - Zijlstr.100

Utrecht: Rooie Rat - Oude Gracht 65

Breda: Vrije Boekhandel - Veemarktstr.40

Arnhem: Rooie Arnhemmer - Bovenbeekstr.3

Den Bosch: Den Duvel - Vughterstr.107

\*\*\*\*\*

Nieuwe verkoopadressen zijn welkom. De Knipselkrant is eveneens te verkrijgen via bovenstaand adres, alleen is men dan wel portokosten verschuldigd. Proefnummers (tegen portokosten) zijn via bovenstaand adres verkrijgbaar. Afhankelijk van het aantal pagina's wordt de prijs vastgesteld. Meestal omvat de Knipselkrant zo'n 40 pagina's, wat op een prijs van f 2,00 neerkomt. De prijs komt nooit boven de f 3,00 , ongeacht het aantal pagina's. Een vaste abonnementsprijs kennen we dus niet. Neem een abonnement door het storten van een bedrag (bijv. f 25,00) op bovengenoemd gironummer, of koop de Knipselkrant los.

\*\*\*\*\*



## RAF-Wohnung entdeckt

Welt 17-7-84

Aufgrund eines Hinweises konnte am Wochenende in Karlsruhe ein Ein-Zimmer-Apartment ausgehoben werden, das mutmaßlichen RAF-Terroristen offenbar als konspirative Wohnung diente. Die Wohnung in der Bahnhofstraße 1, etwa einen Kilometer vom Bundesgerichtshof, dem Sitz des Generalbundesanwaltes, entfernt, war von der mutmaßlichen Terroristin Christa Eckes angemietet und Anfang Juni dieses Jahres bezogen worden. In dem Apartment hatte sich Stefan Frey aufgehalten. Frau Eckes und Stefan Frey waren am 2. Juli 1984 in Frankfurt festgenommen worden. In dem Apartment konnten ein Buchtext der RAF, ein Waffenreinigungsgerät, mehrere schriftliche Unterlagen sowie ein Gerät zum Auffinden von Funkfrequenzen sichergestellt werden.

Welt 21-7-84

## Plant RAF Anschlag auf Rebmann?

DW, Karlsruhe

Die terroristische RAF plant offenbar einen Anschlag auf Generalbundesanwalt Kurt Rebmann. Wie am Freitag in Karlsruhe bekannt wurde, hat sich dieser Verdacht jetzt erhärtet. Die von der inzwischen in Frankfurt festgenommene Christa Eckes in Karlsruhe angemietete konspirative Wohnung liegt nur wenige Meter von einer der Fahrtrouten entfernt, die der Generalbundesanwalt bei seinen täglichen Pkw-Fahrten von seinem Wohnsitz in Stuttgart-Vaihingen nach Karlsruhe befahren muß. Die Wohnung trennen auch nur wenige hundert Meter von den Amtsräumen der Bundesanwaltschaft im Bundesgerichtshof.

taz Donnerstag, 19.7.84

## RAF/Wohnungssuche BKA vermutet neue Taktik

Wiesbaden (dpa) - Eine neue Taktik der RAF, um zu Unterkünften zu kommen, vermutet das Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden. Aus den Unterlagen, die im Zusammenhang mit der Festnahme von angeblichen RAF-Mitgliedern am 2. Juli in Frankfurt und am 22. Juni in Deizau sichergestellt wurden, schließt das BKA nach einer Erklärung vom Dienstag, daß von der RAF seit einiger Zeit Unterkünfte kurzfristig auch über dritte, von ihnen für zuverlässig gehaltene Personen, besorgt werden. So habe die in Frankfurt festgenommene Christa Eckes einen Mann nach einer vorübergehend freiwerdenden Unterkunft gefragt, der am „Schwarzen Brett“ der Fachhochschule Karlsruhe eine Mitfahrgelegenheit für eine Urlaubsreise angeboten hatte. Als Begründung für ihre Wohnungssuche habe Frau Eckes Ehestreitigkeiten genannt, die zur Auflösung der häuslichen Gemeinschaft geführt hätten.

## Aussage von Knut Folkerts und Günter Sonnenberg in Stammheim am 5.6.1984

Blättle juni 1984

Die "Routine" des Stammheimer Prozesses gegen Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar, der aus den Medien inzwischen vollkommen verschwunden ist, wird ab und zu durch öffentlichkeitswirksamere Ereignisse unterbrochen. So auch am 5.6.84, wo Knut Folkerts und Günter Sonnenberg - vom Gericht als Zeugen zum Buback-Komplex geladen - erwartet wurden.

Wie immer bei solchen Anlässen, gab es zu den normalen Kontrollen noch zusätzliche Einschüchterungsmaßnahmen. Schon auf der Anfahrt zum Stammheimer Knast wurden Fahrzeuge angehalten und gegenüber der Straßenbahnhaltestelle standen berittene Uniformierte, die die Aussteigenden beobachteten.

Auch die Anzahl der Prozeßbesucher war gegenüber dem "normalen" Ablauf stark erhöht, und so befand sich schon um 8.30 Uhr eine lange Schlange von Wartenden vor der Drehtür, die ins Prozeßgebäude führt. Unter ihnen neben zwei (!) Vertretern der Presse auch eine Schulklasse von 14-15 Jährigen mit ihrem Lehrer. Diese trug dazu bei, das in der Regel disziplinierte Warten in der Reihe in Hektik und Aggressivität umzuwandeln.

Die Schüler hatten sich zwar ordnungsgemäß eingereiht, aber wegen starken Frauenüberschusses unter den Wartenden und paritätischen Einlassens kamen die Männer schneller vorwärts als die Frauen, und es bestand die Gefahr, daß der Lehrer und die männlichen Schüler den



wartenden Frauen zuvorkamen.

Die Ablehnung, die ihnen entgegen schlug, ist einerseits verständlich: man kennt dies zur Genüge, daß bei ähnlichen Anlässen Zweidrittel des Saales mit Zivilisten oder Personen gefüllt ist, die die Funktion haben, die Wirkung von Anträgen oder abgegebenen Erklärungen möglichst gering zu halten. Außerdem sollen sie das Klima im Gerichtssaal derart abkühlen, daß die wenigen noch verbliebenen Leute, die es unter normalen Umständen beim Eintreten des Richters vorziehen, sitzen zu bleiben oder die es sogar wagen, die Gefangenen zu grüßen, auf ihre Absicht lieber verzichten. Aufgrund des großen Andrangs war es dann auch so, daß die große Mehrheit der Schüler an der Verhandlung nicht teilnehmen konnten.

Als Resultat davon gab es auf dem Nachhauseweg an der Straßenbahnhaltestelle folgende Situation: beim Vorbeigehen hörte ich Äußerungen wie "Hoffentlich kommst du 90 Jahre in den Knast!" und Forderungen nach der Todesstrafe für die Gefangenen. Eine Schülerin beklagte, daß die Gefangenen ja sowieso nach kurzer Zeit wegen guter Führung wieder entlassen würden und dann weiter Menschen umbringen könnten.

Für einen anderen war alles klar: Man müßte mit jedem Menschen das machen, was er anderen angetan hat. Folgte man dieser Logik, hätte es schon lange vor '77 keinen Buback mehr gegeben! Aber



das den Leuten nahezubringen, diesen Panzer von Haß und Abwehr zu durchdringen und ihnen zu zeigen, daß nicht alles so ist, wie es vordergründig zu sein scheint, ist eine Aufgabe, der ich mich in dieser Situation nicht gewachsen fühlte.

Insofern ist es schade, daß die Schulklasse keine Gelegenheit hatte, der Verhandlung beizuwohnen, da dieses unmittelbare Miterleben oft mehr zur Bewußtseinsbildung beiträgt als Argumente. Und insofern hat unsere ablehnende Haltung die Einleitung dieses Bewußtseinsbildungsprozesses behindert, indem sie die Vorurteile der Jugendlichen gegenüber Gefangenen und Prozeßbesuchern bestärkt hat.

Der Prozeß selbst konnte erst mit einer Stunde Verspätung beginnen. Nach den üblichen Sprüchen ("Wer nicht aufsteht, wird noch Gelegenheit zum Sitzen haben.") und Einschüchterungen (Warnung vor "Begrüßungsritualen" und anschließendem Ausschluß der Öffentlichkeit) folgte unmittelbar die Vorführung von Knut Folkerts, der es ablehnte, auf Fragen zu antworten und stattdessen eine Erklärung zur Offensive '77 abgab (siehe unten).

Anschließend wurde die Sitzung auf 14 Uhr vertagt. Die unter den Zuschauern sitzende Rechtsanwältin Renate Trobisch handelte sich noch ein Ordnungsgeld von DM 200,- ein, weil sie "die Hand gehoben (habe) mit einer Faust", als Knut den Saal verließ. Zwar war sie nur eine von etwa 100 Leuten, die sich desselben "Vergehens" schuldig gemacht hatten, aber der Richter wollte sich wohl für seine normalerweise größere Handlungseinschränkung Anwälten gegenüber, wenn sie in Robe auf den Verteidigerbänken sitzen, rächen.

Anzumerken wäre noch, daß über den Verlauf dieses Prozeßtages in der Presse kein Wort verloren wurde. Ein Indiz dafür, wie sich die Nachrichtensperre inzwischen gesellschaftlich durchgesetzt hat und für uns vom "blättle" die Bestätigung dafür, daß es richtig und notwendig ist, darüber zu berichten.

In dem Prozeß, der hier gegen Brigitte und Christian läuft, geht es dem Staatsschutz - neben dem materiellen Ziel, mit dem Urteil den juristischen Rahmen für deren Vernichtung zu schaffen - besonders darum, den Kampf um die Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF und dem legalen ant imperialistischen Widerstand durch die Festschreibung einer sog. "terroristischen Vereinigung im Knast" nach § 129 a StGB noch mehr zu erschweren. Wesentliches Bauelement ist dabei das alte Staatsschutzkonstrukt einer einzigen großen "terroristischen Vereinigung" von RAF, Gefangenen aus der RAF und dem legalen Widerstand (sog. "legale RAF"). Darin kommt der Staatsschutzversion entscheidende Bedeutung zu, wonach Brigitte nach ihrer Freilassung im Februar 1977 den gesamten illegalen Widerstand rekonstruiert habe; daß sie die ganze Offensive '77 im Wege eines "Auftrags" der Stammhei-

mer Gefangenen in die Gruppe gedrückt habe, ja daß die gesamte Fortexistenz der RAF überhaupt nur auf diesem "Auftrag" beruhe.

Um Gerichtsverwertbares für diese Version herauszufischen, hat der Senatsvorsitzende Knospe die Gefangenen aus der RAF Knut Folkerts und Günter Sonnenberg als Zeugen geladen. Knut hat der 2. Strafsenat des OLG Stuttgart im Juli 1980 wegen Buback zu lebenslänglich abgeurteilt; obwohl seit seiner Gefangennahme im Mai '77 immer als sog. "Bubacktäter" bezeichnet, hat Rebmann ein beabsichtigtes Verfahren gegen Günter bis heute nicht durchgezogen. Wohl aus der Einschätzung heraus, daß ein solches Verfahren gegen einen haftungsfähigen Gefangenen - anders als noch im Frühjahr 1978 - den faschistischen Charakter der BRD allzu offensichtlich machen würde, und zwar international.

Beide Gefangenen haben diese Staatsschutzlinie in ihren Erklärungen widerlegt. Hier zunächst das, was Knut dazu inhaltlich entwickelt hat (nach Mitschriften):

#### E R K L Ä R U N G von KNUT:

Mit der Behauptung der Steuerung der Aktionen aus der Zelle hat die Bundesanwaltschaft (BAW) schon immer versucht, die Vernichtungshaft an den Gefangenen öffentlich zu legitimieren. Dennoch weiß auch der Staatsschutz genau, daß eine illegale, bewaffnet kämpfende Gruppe hier in der BRD niemals auf der Grundlage von Strukturen mit "Auftrag", "Befehl", Hierarchie existieren könnte. Das sind nur Projektionen imperialistischer Macht- und Herrschaftsstrukturen auf das Kollektiv, das im bewaffneten Antagonismus zu diesen Strukturen steht. Vielmehr konstituiert die RAF sich umgekehrt immer am Ziel: bewaffneter Angriff auf den Apparat und dessen Herrschaftsträger, also an der und durch die Aktion selbst. Mit dem "Drahtzieher-syndrom" wollte der Staatsschutz nur davon ablenken, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse hier objektiv reif für den revolutionären Umsturz sind - daß dazu nur die subjektive Bedingung, der Wille jedes einzelnen, erforderlich ist. Um dahin zu kommen, brauchten sie dann noch die Bestimmung des Begriffs der Notwendigkeit und der Richtigkeit, hier in der Metropole den bewaffneten Angriff gegen das System vorzutragen, um die Friedhofsruhe im Innern als Voraussetzung für die Kriegsvorbereitung nach Außen zu zerstören. Aber die eigene Entscheidung für diesen Krieg kann natürlich nur auf der Grundlage von Selbstbestimmung und Freiwilligkeit erfolgen.

Daher brauchte die Gruppe damals auch niemanden, der ihnen sagt, daß es notwendig und richtig ist, Buback zu erschließen. Das haben sie selbst gewußt. Als Brigitte damals aus dem Gefängnis kam, war die Aktion bereits weitgehend vorbereitet, die anderen Aktionen bereits in der Diskussion. Diese Aktion



war nur deshalb nicht früher gelaufen, weil es nicht eine Einzelaktion sein sollte, sondern im Zusammenhang mit der Offensive '77 stehen sollte.

Bubacks Funktion wird bereits im Komunique des KOMMANDO ULRIKE MEINHOF ganz deutlich: Er hat die Justiz zu einem Mittel der Aufstandsbekämpfung transformiert, unter seiner Regie hat der Staatsschutz drei Gefangene aus der RAF ermordet: Holger Meins, um den grossen Hungerstreik zu brechen und jeden abzuschrecken, der sich am Kampf der Gefangenen, am Kampf der RAF orientiert hat. Der Staat sollte als unüberwindbar, jeder Widerstand als aussichtslos erscheinen. Siegfried Hausner ließ er schwerverletzt nach Stammheim verschleppen, nach einigen Tagen Kontaktsperre war er tot. Buback hat es Intensivbehandlung genannt. Ebenfalls unter seiner Regie starb Ulrike zu dem Zeitpunkt, als sein Projekt der Entpolitisierung des Prozesses endgültig gekippt war. Das war sein Projekt in Stammheim: die politische Vernichtung der RAF. Aber statt der Hoffnungslosigkeit revolutionären Kampfes und statt dem Ende der RAF war es das Ende von Buback.

Warum haben sie, die RAF, die Offensive '77 gemacht? Sie wollten damit die Gefangenen befreien, sie wollten sie aus der Vernichtungshaft herausholen, um mit ihnen **zusammen** zu kämpfen. Sie wollten ihr **Projekt hier gemeinsam** entwickeln: **die Front aufbauen**, überhaupt die Metropole **zur Front im** Klassenkrieg entwickeln.

Am Kampf der **Gefangenen** hatten sie sich mobilisiert, **ganz** einfach weil es ein wirklicher, ein **authentischer** revolutionärer Kampf war. Kampf, der Kampf erzeugt. Und als **sie** nach der Offensive '72 gegen die US-Head-Quarter, **gegen den Völkermord in Vietnam**, gegen den Repressionsapparat und gegen die Klassenjustiz in der BRD gefangen genommen waren, haben sie gegen den ganzen Terror und die Vernichtungshaft weitergekämpft und damit gezeigt, daß man unter allen Bedingungen kämpfen kann. Also da brauchten sie niemanden, der ihnen sagte, daß sie die Gefangenen herausholen sollten, das wollten sie selbst, und zwar von Anfang an. Es war unzertrennbar mit ihrer eigenen Entwicklung und ihrem Kampf verbunden.

Die Aktion zur Befreiung der Gefangenen hat auch den Kern imperialistischer Macht hier getroffen, weil hier die Herrschenden an diesen Gefangenen und mit diesen Gefangenen ihren ganzen Herrschaftsanspruch verbunden hatten. Daher bekam die Auseinandersetzung Guerilla - Staat in der Anfangsphase diese ungeheuerere Dimension, weil es eine ungeheuerere Niederlage für den Staat gewesen wäre, und für die RAF natürlich ein strategischer Durchbruch (Helmut Schmidt am 13. März 1975 im Bundestag: "Die Freilassung der einsitzenden Terroristen würde eine unerträgliche Zerreißprobe für diesen Staat bedeuten." Das hat er damals ja nicht bloß daher-

geredet, vielmehr war das die Situation!)

In einer Aktion zur Befreiung gerade dieser Gefangenen vermittelt sich auch das strategische Ziel, nämlich Befreiung vom Imperialismus. Das ist aber keine abstrakte Strategie, sondern eben ganz konkret in der Befreiung dieser Genossen.

Nach Holger, nach Siegfried, nach Ulrike kannten sie die Vernichtungswut von Buback. Sie wollten daher mit ihrer Aktion ganz unmittelbar den Staatsschutz zurückdrängen, als Schutz für die Gefangenen. Die Aktion hat deshalb voll ins Zentrum getroffen, weil sie in Buback, in seiner Funktion diese innere Entwicklungslinie der imperialistischen Restrukturierung getroffen haben. Er hat die NATO-Innenpolitik vorangetrieben als Neustrukturierung der Repression, als erste Stufe für den Ausbau Westeuropas zum Kriegszentrum. Buback war der Pionier dieses Projekts, das er wie keiner - mit Ausnahme von Herold - betrieben hat, als er mit diesem ganzen Ausbau der imperialistischen Repressionsapparate, Kontrolle und Manipulation, Export des Modells Deutschland, die polizeiliche und juristische Integration West-Europas hier umgesetzt hat: die Kriminalisierung und Vernichtung revolutionären Widerstands im westeuropäischen Rahmen als die innere Bedingung für die globale imperialistische Offensive.

Man muß die Offensive '77 natürlich auf dem Hintergrund der realen politischen Situation damals sehen. '77 war das Jahr, in dem die BRD unter der Führung der Sozialdemokratie die Bedingungen für die neue Offensive des Imperialismus schaffen und vorantreiben sollte, und das soweit wie möglich verdeckt. Das war ja die Funktion der SPD, damit sich daran kein Widerstand entwickelt, der ihre Pläne stören könnte.

Die Kriegsvorbereitungen sind ja inzwischen offen. Die Linke hat '77 - zehn Jahre nach dem großen Aufbruch - nichts wahrgenommen. Daher hat die RAF also aus einer schwachen Ausgangsposition ihre Offensive gestartet, aber davon hat sie sich nicht abhängig gemacht. Das ist überall die Bedingung, wenn man anfängt; bessere Bedingungen, die muß man sich erstmal erkämpfen. Was eben ganz wichtig ist: daß sie sich ausschließlich an ihrem Ziel orientiert haben. Worauf es ankommt ist, selbst anzufangen und die Initiative zu erobern. Also die Erfahrung ist ganz einfach: "Der wichtigste Faktor sind wir selbst."

So sind sie '77 zur Offensive gekommen, weil man immer mit nichts anfangen muß. Das entscheidende Moment ist der Wille zu kämpfen, und alles andere, was man braucht, das kann man sich dann ranschaffen im kollektiven Prozeß für den Angriff.

Die Offensive '77 war ihr Schritt gewesen, die ganze Situation hier aufzubrechen und eine neue Phase der Auseinandersetzung zu eröffnen. Als Offensivposition dafür haben sie die



Illegalität organisiert. Das war die Konsequenz, was jeder in der Legalität erfahren hatte: die ganze Perspektivlosigkeit und Wirkungslosigkeit legaler Politik, weil Legalität eine Fessel ist. Weil Legalität das Terrain des Faschismus ist, weil hier Folter und Unterdrückung legal sind, darum ist revolutionärer Kampf notwendigerweise illegal. Es ist auch einfach notwendig, daß man dazu den Bruch macht, wenn man hier für die soziale Revolution kämpft. Dazu muß man vom Bruch mit allem ausgehen, und nur im Prozeß des politisch-militärischen Angriffs kann man hier überhaupt Gegenmacht entwickeln.

Die Aktion gegen Buback zeigt, daß und wie es möglich ist, sie anzugreifen und einzukreisen, und das können sie mit nichts verhindern.

#### A U S S A G E von G O N T E R

Am Nachmittag kam dann Günter in den Saal. Wenn man verstehen will, warum es ihm zu Anfang schwergefallen ist, sich im Zusammenhang mit der Aktion gegen Buback und dem Staatsschutzkonstrukt zu äußern, muß man sich erstmal seine Situation klar machen:

Er ist seit sieben Jahren fast ununterbrochen einzelisoliert. Die Schüsse bei seiner Gefangennahme im Mai 1977 haben sein Sprach- und Gedächtniszentrum getroffen und teilweise verwüstet. Bis heute wird ihm die Behandlung durch einen Facharzt seines Vertrauens, den es gibt, verweigert. Menschen mit vergleichbaren Verletzungen können überhaupt nur durch intensive Sprechschulung und Gedächtnisübungen den objektiven Gehirnmasserverlust und die Gedächtnis- und Konzentrationsschwierigkeiten einigermaßen überwinden. Außer unmittelbar nach seiner Gefangennahme bis zur Kontaktsperre hat Günter das bis heute nicht bekommen. Das ist natürlich der Ausdruck für eine kaum vorstellbare Identität und Stärke des Willens, daß er sich - isoliert - auf ein so hohes Niveau argumentativer Auseinandersetzung und der Klarheit des Begriffs der Situation hier emporgearbeitet hat. Klar auch, daß er deshalb ein besonderer Stachel für den Staatsschutz ist, der an ihm tagtäglich die eigene Ohnmacht und damit Besiegbarkeit erfahren muß. (Diese paar Sätze sind einfach notwendig, weil einige der zahlreichen Anwesenden eine gewisse Verständnislosigkeit gegenüber der Tatsache gezeigt haben, daß Günter sich manchmal wiederholte, daß er einige Mühe hatte, die Begriffe zu finden.)

Dazu sagte er selbst gleich zu Beginn: "Ja, es ist ein bißchen problematisch jetzt nach sieben Jahren Isolation hier reingebracht zu werden in einen solchen Prozeßbunker hier. Das macht mir natürlich Schwierigkeiten, und so stelle ich mir das halt so vor, daß ich jetzt ein paar Sachen bringe, wozu ich was sagen will, und ihr (= die Verteidiger) müßt dann einfach die Fragen stellen dazu."

Genauso wie Knut widerlegte er die Version von Brigittes "Auftrag" als bekanntes Staatsschutzkonstrukt und setzte sich außerdem mit der Nachrichtenfälschung der BAW auseinander, die Erklärung des KOMMANDO ULRIKE MEINHOF sei von den Stammheimer Gefangenen unter Andreas Baaders Federführung mitverfaßt worden, also eine Art "Gemeinschaftsarbeit" von den Gefangenen und dem Kommando.

Eine solche Behauptung sei ganz absurd, selbstverständlich macht die kämpfende Einheit draußen, die die Aktion als politisch-militärischen Angriff führt, auch ihre Erklärung allein. Die Aktion gegen Buback sei auch nicht eine sog. "Solidaritätsbekundung" mit den Stammheimer Gefangenen gewesen - wie die Anklage behauptet -, sondern es ging ihnen darum, die Vernichtungswut der BAW und des Staatsschutz zurückzudrängen; weiter zu verhindern, daß die Gefangenen als Geiseln des Staates für Aktionen, die draußen laufen, einzeln massakriert werden.

#### B E W E I S A N T R A G, I R M G A R D M Ü L L E R als Z E U G I N zu V E R N E H M E N

Danach stellte die Verteidigung einen Beweis Antrag, die Gefangene aus der RAF Irmgard Möller zu hören, weil sie die einzige Überlebende von den Gefangenen ist, die im 7. Stock Umschluß mit Brigitte hatte.

Aus dem Beweis Antrag der Verteidigung, Irmgard Möller als Zeugin zu vernehmen, sind die folgenden Passagen der Begründung dieses Antrags entnommen:

"Der 'Auftrag aus Stammheim' zieht sich als roter Faden durch die Anklageschrift. Er ist eine Erfindung des Staatsschutzes, für den die Bundesanwaltschaft nur ein einziges Beweismittel, ein selbst produziertes, anzubieten hat: den Kronzeugen Speitel. Diese Fiktion soll die Konstruktion der 'einheitlichen Gruppe aus Gefangenen und Illegalen' und der Planung und Steuerung von Angriffen der Guerilla aus den Zellen heraus stützen. Diese Konstruktionen sind nicht neu. Die Linie 'von innen gesteuert' gibt es seit der Verhaftung von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof; sie wurde vor allem von GBA Buback kontinuierlich und systematisch propagiert. Im Zusammenhang mit der Aktion gegen GBA Buback findet sie sich z.B. in dem bei den Akten befindlichen Vermerk des EKHK Klaus vom BKA (GBA Band 7, Bl. 412-415), in dem dieser zu dem Schluß kommt, daß die Erklärung des KOMMANDO ULRIKE MEINHOF höchstwahrscheinlich von den Gefangenen in Stuttgart-Stammheim verfaßt worden sei, und in dem er die Vermutung äußert, daß die Stammheimer Gefangenen an den operativen Planungen der Aktion gegen Buback beteiligt gewesen seien. Dieser Vermerk stammt vom 13.4.1977, d.h. demselben Tag, an dem die Erklärung den Adressaten zugegangen ist. Die Eile, mit der dieser Schluß gezogen wird, genügt, ihn als das auszuweisen, was



er ist, ein Baustein in der Linie des Staatsschutz.

Folgerichtig kehrt dieselbe Behauptung - jetzt als sichere Feststellung vorgetragen - in der von besagtem Klaus verfaßten Broschüre des Bundesministers des Innern vom Frühjahr 1983 wieder, um hier diese Linie noch weiter zuzuspitzen mit der Behauptung, 'die Autoren' hätten in dieser Erklärung 'die Öffentlichkeit schon auf ihre kollektive Selbsttötung - dargestellt als Mord - für den Fall des Scheiterns ihrer Befreiungspläne einzustimmen' versucht (Klaus, 'Aktivitäten und Verhalten inhaftierter Terroristen', hsgg. vom Bundesministerium des Innern, Bonn 1983).

Die Konstruktionen dienen dem Staatsschutz und der Regierung im Herbst 1977 zur Begründung der Verhängung der Kontaktsperre und zur Rechtfertigung innerer gesetzlichen Absicherung. Helmut Schmidt führte vor der Fraktion seiner Partei für die Notwendigkeit des Kontaktsperregesetzes an, von der er und die Bundesregierung überzeugt seien, daß es neue Erkenntnisse in den Haftanstalten gebe (Hartmann, CDU/CSU, am 28.9.1977 im Bundestag; siehe 'Die Antiterrorismusdebatten im Parlament, Protokolle 1974-78'). Und auf die Kritik von Parlamentariern, daß ihnen niemand belegen könnte oder wollte, wie die Aktivitäten der Entführer aus den Zellen gesteuert würden, kündigte er für später eine Dokumentation an und erklärte: 'Dann werden einigen noch die Augen aufgehen.' (DER SPIEGEL, 3. 10.1977).

Diese Dokumentation ist nie erschienen, weil es für sie keine Grundlage gab. Das war den Politikern auch bekannt: Im Frühjahr 1978 antwortete der damalige Bundesjustizminister Vogel in einem Interview im staatlichen italienischen Fernsehen auf die Frage, ob die Schleyer-Aktion aus den Zellen gesteuert worden sei: "Nein. Das haben wir seinerzeit schon nicht angenommen, und es hat sich auch keine Bestätigung dafür gefunden."

Abschließend zum Komplex Kroesen stellte die Verteidigung folgenden

#### B E W E I S A N T R A G :

##### Thema:

Die Tatsache, daß im Herbst 1981 ein Angriff der RAF auf General Kroesen stattfinden würde, war sowohl der us-militärischen Führung und der NATO, als auch General Kroesen selbst bekannt.

Dementsprechend traf die amerikanische Militärführung in Zusammenarbeit mit dem BKA, BND und VS zweckgerichtete Maßnahmen zur Überwachung und zur Abwehr des Angriffs; daran war General Kroesen selbst beteiligt. Es wurde in Heidelberg zwischen Wohn- und Arbeitsstelle des General Kroesen eine komplette Videoüberwachung installiert, die nach dem Angriff auf Ramstein (31.8.1981) Tag und Nacht in Betrieb war. Hiermit war eine Sonder-

kommission mit der Bezeichnung "Paddy" befaßt, von deren gesamten Ermittlungen der Verteidigung lediglich eine Seite im Band KRO 16 (Bl. 18) zugänglich gemacht worden ist.

Es wurden von den Begleitern des Generals umfangreiche und detaillierte "observationsreports" angefertigt und den Sicherheitsbehörden zur Verfügung gestellt. (Dies wurde in der Hauptverhandlung durch Vernehmung des Zeugen Winterberg bestätigt; bis auf eine Ausnahme wurden diese Berichte der Verteidigung ebenfalls vorenthalten.)

Zwischen dem US-Militär und den deutschen Sicherheitsbehörden gab es eine umfassende Zusammenarbeit, was nicht zuletzt daran deutlich wird, daß sich der Sitz der SOKO "Paddy" im Gebäude der Sicherheitspolizei der US-Armee (Counter Intelligence Corps) befand und daß im August 1981 ein Vier-Sterne-General aus dem Pentagon aus den USA nach Heidelberg anreiste und die Arbeit der SOKO "Paddy" überprüfte.

Die Zusammenarbeit beschränkte sich aber keineswegs auf diese Überwachungsmaßnahmen. Vielmehr wurde der General durch das BKA mit einem gepanzerten Fahrzeug ausgerüstet, ihm wurde ein bewaffneter Beamter des BKA als Fahrer zugeteilt, und er wurde von bewaffneten US-Soldaten begleitet.

Obwohl General Kroesen wußte, daß mit einem Angriff der RAF auf ihn zu rechnen war, lehnte er einen Wechsel seiner Fahrtroute vom Wohnsitz zur Arbeitsstelle ab. Wie der Zeuge Winterberg in der Hauptverhandlung ausgesagt hat, wollte General Kroesen immer über das Karlstor fahren, obwohl es Möglichkeiten gab, ohne nennenswerten Zeitverlust andere Routen zu benutzen (z.B. über das Neckarufer). Bei dieser Entscheidung war sich General Kroesen bewußt, daß die Geländeverhältnisse an der gesamten Route, also auch am Karlstor, Möglichkeiten für einen Anschlag bieten, und er richtete sich darauf ein. Aufgrund dieses Rechnens mit dem Anschlag wurde von den Begleitern des Generals auch sofort das Feuer in Richtung der vermuteten Abschußstelle eröffnet.

##### Beweismittel:

Zeugnis des General Kroesen, zu laden über das Pentagon, Washington D.C., USA;

- Zeugnis des Kriminaldirektor Zabel, zu laden über das BKA, Wiesbaden;
- Zeugnis des Präsidenten des BKA Boge, zu laden über das BKA, Wiesbaden.

##### Begründung:

General Kroesen ist einer der Generale, die hier in Westeuropa für die Durchsetzung der NATO-Politik verantwortlich waren. D.h. in seiner Funktion als Befehlshaber der USAREUR (der amerikanischen Landstreitkräfte in Europa) und zugleich der CENTAG (NATO-Heeresgruppe Mitte) sorgte er für die politisch-militärische Umsetzung des



**NATO-Konzepts in Westeuropa.**

Dieses Konzept zur Durchsetzung imperialistischer Politik wird hier von der RAF bewaffnet bekämpft.

Nach ihren eigenen Äußerungen gingen sowohl die US-Streitkräfte, als auch die deutschen Sicherheitsbehörden seit Oktober 1980 davon aus, daß die Vorbereitung für einen Angriff seitens der RAF auf General Kroesen konkrete Formen angenommen hatte (DER SPIEGEL 2/83, S. 46 unter Verweis auf Vermerk von KD Zabel vom BKA, TE 32, AZ 6452.07; RNZ vom 13. 6.1981).

Nach allem ist klar, daß der General sich zum Zeitpunkt des Angriffs durch die RAF keineswegs in der Rolle eines arglosen Opfers befand.

Die Vernehmung von weiteren Tatzeugen (städtische Angestellte, Bauarbeiter), aus deren konkreten Angaben sich der tatsächliche Charakter als militärische Konfrontation deutlich vermittelt hätte, werden bewußt unterschlagen.

Es ist offensichtlich, daß die Zusammenarbeit zwischen dem US-Militär und den deutschen Sicherheitsbehörden von einer Doppelstrategie geleitet war: zum einen die Vorbereitung, dem angenommenen Angriff gerüstet begegnen zu können; zum anderen durch die Geheimhaltung bereits vorliegender Informationen Erkenntnisse über die RAF zu deren Bekämpfung gewinnen zu können.

**Die aufgezeigte Aktenmanipulation**

- Fehlen der Videobänder,
- Fehlen der "observationsreports",
- Fehlen der vollständigen Ermittlungen der SOKO "Paddy",

Fehlen der Vernehmungsprotokolle von Tatzeugen

bezweckt, aus der politisch-militärischen Konfrontation einen strafrechtlich konstruierten Mordversuch zu machen.

Es wird beantragt,

das genannte fehlende Aktenmaterial beizuziehen.

Prozeßtermine in Stammheim: 3., 5., 10.,

12., 17., 19., 24., 26., 31. Juli 1984, also jeweils dienstags und donnerstags, Beginn: 9.00 Uhr.

## Anschlag auf NATO-Pipeline

Blättle juni 1984

wir haben am 14. juni 84 das bundesweite nato-pipelinennetz bei lorch gesprengt.

teil der imperialistischen kriegsvorbereitungen der nato ist der kontinuierliche ausbau eines militärischen treibstoffversorgungsnetzes in der gesamten brd. über ein pipelinesystem und verschiedene treibstoffhaupt- und nebenlager werden die militärischen einrichtungen versorgt. für die installation dieser nervenstränge fließen die gelder aus einem speziellen nato-infrastrukturprogramm, für das z.b. zwischen 1951 und 1977 über 16 milliarden dem ausgege-

ben wurden. weitere schwerpunkte dieses infrastrukturprogramms sind 220 flugplätze, 10.000 km rohrlösungen und lagereinrichtungen für zwei millionen kubikmeter treibstoff, hafenanlagen, raketenstellungen, kriegshauptquartiere, depots, der fernmelde und luftverteidigungssektor.

der verlauf der rohrlösungen ist einfach auszumachen. sobald die leitungen strassen, bahndämme, flüsse, bäche oder kanäle unterqueren, sind rot-weiße markierungsposten an beiden seiten aufgestellt. auf freiem feld stehen sie zumindest auf sichtweite. bei der durchquerung von wäldern führt die leitung durch eine mindestens 6 m breite schneise. sie verläuft nie durch, sondern immer knapp an wohngebieten vorbei. die rohre sind in einem 80-100 cm breiten und 120 cm tiefen graben eingelegt und in sand gebettet. sie haben einen durchmesser von 200 mm und eine wandstärke, je nach grabentiefe, zwischen 7,1 und 8 mm. hier im süden sind auf einigen posten schilder mit der aufschrift: treibstoffversorgungsleitung, bezirksverwaltung süd, sitz idar-oberstein, angebracht.

die tatsache, daß der erfüllungsgehilfe der ynkee-kriegspläne bmfv wörner nur einen kilometer von der von uns angegriffenen stelle der pipeline wohnt, war für uns nicht ausschlaggebend. uns geht es darum, die nato-kriegsmaschinerie als einen zentralen teil der imperialistischen weltbeherrschungspolitik effektiv zu bekämpfen. dabei ist uns klar, daß wir das nicht durch diese einzelne aktion schaffen, sondern nur durch die kontinuierliche ausweitung dieser politischen praxis. mit dem ziel, zu einer tatsächlichen proletarischen gegenmacht zu werden, die sich eindeutig im zusammenhang mit den um befreiung kämpfenden völkern in den neokolonien des imperialismus und den jungen sozialistischen ländern der 3. welt begreift.

die gegenwärtige weltwirtschaftskrise, die auf dem rücken der proletarier in den metropolen, aber vor allem auf dem der völker der 3. welt "bewältigt" wird, ist nichts anderes als der ausdruck der umstrukturierung des internationalen monopolkapitals zur rekonstituierung ihrer politischen, ökonomisch-technologischen und militärischen macht. die folgen sind hunger und vermehrtes massenelend in den neokolonien, arbeitslosigkeit und verarmung im metropolenproletariat.

diesem rekonstituierungsprojekt des imperialismus müssen wir auf den drei ebenen unseren widerstand entgegensetzen:

1. gegen die spaltung und individualisierung des widerstandes, für organisation und entschlossenheit im antiimperialistischen kampf!

gegen das vernichtungsprojekt der schweine an unseren gefangenen genossen und genossinnen



- in den trakten,
- für den gemeinsamen kampf um ihre zusammenlegung!
- gegen den rückzug in die subkultur,
- für die entwicklung des widerstands in der gesamten arbeiterklasse!
- gegen die monopolistischen "neuen technologien",
- für die radikale verhinderung ihres einsetzes: die produktionsstätten und forschungszentren angreifen!
- gegen rationalisierung und automatisierung,
- für arbeitszeitverkürzung und lohn-erhöhung!
- gegen aussperrung und defensive streikführung,
- für organisierte arbeitermilitanz!
- gegen das projekt des internationalen finanz- und monopolkapitals, die arbeiterklasse weltweit zu spalten und gegeneinander auszuspielen: durch produktionssplitting auf internationaler ebene, durch das diktieren nationaler politischer systeme und gleichzeitiger relativer privilegierung des metropolenproletariats,
- für eine neue weltwirtschaftsordnung, wie sie von den sozialistischen ländern der 3. welt gefordert wird,
- für die entmachtung der konzerne!
- gegen die zunehmende spezielle ausbeutung der frauen,
- gegen imperialistische bevölkerungspolitik,
- für die bekämpfung sexistischer und rassistischer diskriminierung!
- 3. gegen den imperialistischen krieg,
- für den angriff auf die militärischen koordinationszentralen und funktionsträger, auf die militärische infrastruktur, auf die davon profitierenden unternehmen!
- gegen die polizeilich-militärische überwachung und widerstandskämpfung, die haftbedingungen in den nato-kz's,
- für eine weltweite front gegen den imperialismus!

Wir wollen uns aber auch mit unserer aktion an der nato-pipeline, die von aalen-lauchheim nach bodelshausen bei tübingen verläuft, auf die regionalen kämpfe dort beziehen. während unserem angriff läuft die pfingstblockade der friedensbewegung am us-raketenstützpunkt mutlangen, der von dieser leitung aus mit treibstoff versorgt wird.

in bodelshausen wehren sich die bewohner gegen die geplante erweiterung des dortigen nato-zwischentanklagers um 20.000 kubikmeter, vermutlich mit düsen-treibstoff jp 4 (gefahrenklasse a<sup>1</sup>), auf insgesamt 30.000 kubikmeter.

gemeinsam und solidarisch werden wir die kriegsprojekte der imperialisten stoppen!

**KRIEG DEM IMPERIALISTISCHEN KRIEG !!**

**ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS RAF UND WIDERSTAND !!**

**SOFORTIGE VERLEGUNG VON BERND RUSSNER IN DIE GRUPPE NACH CELLE !!**

**DIE PROLETARISCHE GEGENMACHT AUFBAUEN,  
DIE ANTIIMPERIALISTISCHE FRONT ORGANISIEREN !!**

**VIEL LIEBE UND KRAFT ALLEN UNSEREN GEFANGENEN GENOSSEN UND GENOSSINNEN !!**

## REVOLUTIONÄRE ZELLEN

### Revolutionäre Zellen: teksten

1984

100 blz., 21 x 14,5 cm., ill.

Geniet, offset

Prijs: f 3,50 exkl. porto

Bestellen door storting van f 5,80 op postgironr.: 4246655

t.n.v.: RVF/De Knipselkrant o.v.v. RVF nr. 46

Besteladres:

Rood Verzetsfront

Postbus 7001

9701 JA Groningen



In deze vertaalde brochure van de Duitse stadsguerillagroep 'Revolutionäre Zellen', die sinds 1975 gewapend optreedt, zijn drie authentieke en actuele teksten opgenomen. De eerste tekst gaat over het verschil tussen anti-amerikanisme en anti-imperialisme en vormt een reactie op een aantal fascistische aanslagen op Amerikaanse eigendommen in de BRD. De tweede tekst handelt over de strijd rond het vliegveld van Frankfurt, een al jaren durende strijd rondom thema's als (anti)militarisme, milieu en imperialisme. De derde tekst omvat de discussies en acties rondom de stationering van de kruisraketten.

## Fraunhofer usw.: Sprengt das Programm !

5 Jahre Ruhrprogramm: Kaputtanisieren -  
Rausschmeißen - Vergessen

Grosse Freiheit  
juli/aug. nr.70/71

Mit dem Vorsatz "Sprengen wir dieses Programm" im Kopf und einem Sprengsatz unter dem Arm haben wir der zukünftigen Filiale der Fraunhofer Gesellschaft in Duisburg einen nächtlichen Besuch abgestattet. Wir hoffen, daß Scherben und Trümmer den Einzug verzögern und unseren "Botschaft" verstanden wird: HAUT AB!!!

Es wird manchem unverständlich sein, was wir gegen die Fraunhofer Gesellschaft haben, wo sich doch die Politiker der Landesregierung und des Ruhrgebiets in ihrer Freude über diese gelungene Ansiedlung geradezu überschlagen und dem Ruhrgebiet dank der "Zukunftstechnologien" eine glänzende Zukunft versprechen.

Das Duisburger Institut soll mit ca. 100-120 Forschern auf dem Gebiet der Mikroelektronik arbeiten, d.h. sich mit dem Entwurf mikroelektronischer Schaltungen, der Systementwicklung und Systemapplikation beschäftigen.

Die Landesregierung erhofft sich langfristig in der Nachfolge des Instituts die Ansiedlung entsprechender Produktionsbetriebe, kurzfristig aber die Anwendung der Forschungsergebnisse vor allem zu Rationalisierungszwecken. Grundlagenforschung im Bereich der Mikroelektronik ist bekanntlich Voraussetzung für Industrieroboter wie auch Steueranlagen, Textverarbeitungssysteme und Heimcomputer. Von entscheidender Bedeutung ist solche Forschung für die Verfeinerung von Kriegswaffen und Kriegsgeräten: die Leistungsfähigkeit der Bordcomputer von Flugzeugen, Panzern, Schiffen und Raketen entscheidet heute über den Ausgang von Kriegen.

Das Duisburger Institut soll sich darüber hinaus durch eine Verknüpfung von privater Forschung und der Duisburger Gesamthochschule auszeichnen. Nicht nur wird der vom Siemens-Konzern sozialisierte Leiter des Instituts einen Lehrstuhl an der Gesamthochschule

erhalten, es sind weitere von der Industrie finanzierte, den Fraunhofer Forschungen zugeordnete "Lehrstühle" im Gespräch. Neu ist dabei nicht die Verwertung von Wissenschaft fürs Kapital, sondern der unmittelbare Zugriff auf Forschungsschwerpunkte, Lehrinhalte, auf die Auswahl von Dozenten und Studenten durch die Konzerne selbst.

Die Ansiedlung des Fraunhofer Instituts mit einem Kostenaufwand von zunächst 47 Mio. DM stellt das erste sichtbare Ergebnis der von der NRW-Landesregierung für 1984 angekündigten "Initiative Zukunftstechnologie" dar. Neben der Ansiedlung bzw. dem Ausbau weiterer Forschungsinstitute gehören dazu ebenfalls die in mehreren Städten des Ruhrgebiets projektierten "Technologieparks" und die Einrichtung staatlich finanzierter Technologietransferstellen - samt und sonders mit dem Schwergewicht auf Mikroelektronik, Bio- und Gentechnologie, Kommunikationstechnologie und Energietechnik (Atom, Kohleumwandlung...).

Jenseits von Schaumschlagereien und Wahlkampfgeplänkel der SPD-Regierung deutet sich mit diesen Projekten eine radikale Abkehr von der bisherigen Ruhrgebietspolitik und ein Einschwenken auf die wirtschaftspolitische Linie der CDU an. In der Vergangenheit wurde versucht, die Auswirkungen der Krise, die vor allem die traditionellen Industriezweige wie Stahl und Kohle treffen, dadurch sozialpolitisch zu entschärfen, daß mit Subventionen in Milliardenhöhe der Verlust von Arbeitsplätzen möglichst lange hinausgezögert wurde und großzügig Sozialpläne finanziert wurden.

Nun wird ein Forschungsprogramm gefördert, das unmittelbar der Rationalisierung und damit der steigenden Arbeitslosigkeit dienen wird. Eine fast 20 Jahre von der SPD betriebene Politik mit dem Ziel der Vollbeschäftigung wird endgültig aufgegeben. Jochimsen dazu lako-



nisch: "Kohle und Stahl sind in ihren Produktionsverfahren hochmodern, aber zu groß. Sie müssen sich kleiner setzen" und: er wolle nicht "gegen den Strukturwandel ansubventionieren".

Was das in der Praxis bedeutet, zeigt sich zuletzt an der Stilllegung des existenzfähigen Betriebes Mönninghoff in Hattingen durch die Landesregierung bzw. durch die von ihr kontrollierte West LB und andere Banken.

Natürlich wissen die Verantwortlichen wie wir, daß die soziale Krise im Ruhrgebiet, wo nur noch jeder dritte Mensch eine bezahlte Arbeitsstelle hat und viele mit dem Existenzminimum leben, sich durch eine solche Politik weiter verschärfen wird. Für viele Menschen in dieser Region gibt es keine Perspektive mehr als kleine Renten, immer geringer werdende Arbeitslosenstütze, Sozialhilfe und Obdachlosigkeit. Die Ausländer sollen vertrieben werden, z.Zt. noch durch Abfindungen wie zuletzt in Duisburg bei Mannesmann, in Zukunft durch Rassismus und Fremdenhaß und eine entsprechende Verschärfung des Ausländerrechtes.

Die mit der Subventionspolitik und Vollbeschäftigungsförderung verbundene soziale und finanzielle Befriedung des Ruhrgebiets wird beendet bzw. reduziert. Die Gelder für die Förderung der "Zukunftstechnologien" werden nicht nur bei den Subventionen für Kohle und Stahl eingespart werden, sondern v.a. bei der städtischen und landesweiten Sozialpolitik: "Industriepolitik vor Kommunalpolitik" heißt die brutale Devise.

Vielleicht ist die Propaganda der Sozialdemokraten über die wundersame Wirkung der "Zukunftstechnologie" in der historischen Erfahrung des Ruhrgebiets und den dazu passenden Arbeitsschwerpunkten des FHG begründet. Schon dreimal in diesem Jahrhundert wurden Krisen im Ruhrgebiet durch mittelbare oder unmittelbare Produktion von Waffen und Kriegsmaterial gelöst: vor dem 1. und dem 2. Weltkrieg, während des Korea-Krieg-Booms.

Die Fraunhofer Gesellschaft ist als eine der größten und wichtigsten Denkfabriken der BRD, aufgegliedert in 30 Einzelinstitute, seit den 50er Jahren in vorderster Front in der Kriegsforschung engagiert. Sechs dieser Institute werden unmittelbar vom Verteidigungsministerium finanziert und sind ausschließlich in der Kriegsforschung tätig, andere Institute übernehmen von Fall zu Fall Aufträge des Kriegsministeriums, wie sie im übrigen auch fürs BKA und Innenministerium arbeiten. Über die 50er Jahre stellen die Propagandisten des FHG heute noch bedauernd fest: "Da die politische und gesellschaftliche Einstellung teilweise noch gegen Verteidigung und Verteidigungsforschung gerichtet war, sah sich die FHG damals harten Angriffen und Kritiken ausgesetzt". Heute scheint das ganz anders zu sein, die "zivile" Forschungstätigkeit, auch Auftragsforschung wurde enorm ausgedehnt und die Verklammerung von "ziviler" und militärischer Forschung bleibt erklärtes Ziel der FHG, weil sich "beide Forschungssysteme unbestreitbar gegenseitig befruchten".



Jenseits aller Forschungsmythen entpuppt sich die "Initiative Zukunftstechnologie" als rabiaten Programm der Rationalisierung, der Intensivierung militärischer Forschung, der wachsenden sozialen Krise als Klassenkampf von oben. Und sie hoffen, daß diese Politik ohne Widerstand durchgesetzt werden kann, denn - so Joachimsen - der "soziale Frieden im Ruhrgebiet könne zur geheimen Grundlage künftigen wirtschaftlichen und sozialen Erfolges werden".

Durch diese Rechnung wird ihnen ein Strich gemacht werden - mit SABOTAGE im Betrieb, in Streik- und Besetzungsaktionen, mit Anschlügen wie dem heutigen.

RZ

## Aanslagen 'Action Directe'

De Morgen 16-7-1984

**PARIJS. - Vrijdag werden drie leden van de Franse links-extremistische organisatie 'Action Directe' beschuldigd van moord op twee politie-ambtenaren. 'Action Directe' heeft op deze inbeschuldigingstelling geantwoord met een reeks van drie aanslagen op verschillende overheidsgebouwen.**

**V**RIJDAGAVOND werd een aanslag gepleegd op het gebouw van het ministerie van Defensie in Parijs. Er vielen geen slachtoffers, maar er was wel grote materiële schade.

Zaterdag dan, kort voor middernacht, volgde een aanslag op het ministerie van Nijverheid. Hier werden twee personen licht verwond en werd eveneens grote materiële schade aangericht.

De aanslagen werden telkens opgeëist door een kommandogroep van de verboden organisatie 'Action Directe', die genoemd was naar een Franse linkse militant, die in '82 in een Finse gevangenis opgeknoopt was aangetroffen.

Donderdag was al een overheidsgebouw doelwit van een aanslag geweest. De kommandogroep die deze opeiste droeg de naam van een Italiaanse links-extremist die vorig jaar door de Franse politie bij een overval werd doodgeschoten.

'Action Directe' was ook verantwoordelijk voor aanslagen op de

Europese vestiging van de wereldbank en de zetel van het internationale muntfonds IMF in Parijs, begin vorige maand.

De recente aanslagen houden ongetwijfeld verband met het feit dat drie leden, met name Régis Schleicher, Nicolas en Claude Halfen (die al beschuldigd waren van moord, moordpoging, diefstal en illegaal wapenbezit), nu beschuldigd worden van de moord op twee politie-ambtenaren.

Deze affaire gaat terug tot 31 mei 1983, wanneer een anti-diefstal brigade besloot een groep van vijf personen hun identiteit te controleren. Na de uitnodiging om zich te legitimeren, trokken de jongeren hun wapens. Een fusillade volgde, waarbij twee agenten vielen. De politie zou na één jaar tot deze inbeschuldigingstelling zijn overgegaan nadat een lid van 'Action Directe', Frédérique Germain, die zo'n 14-tal dagen geleden werd opgepakt, tot bekentenissen overging.

## In alle stilte

Twee Basken tijdens weekend uitgeleverd

De Morgen 16-7-1984

**BRUSSEL. - De twee Basken, die in Antwerpen zaten opgesloten wegens illegaal wapenbezit, zijn zaterdagvoormiddag in alle stilte aan Spanje uitgeleverd. De kabinetsraad had vrijdag de beslissing tot uitlevering genomen. Het is de eerste maal dat leden van de Baskische separatistische beweging ETA door een ander land worden uitgeleverd.**

**J**OSEBA Arteche en Josu Ormaza werden op 29 oktober '83 in de omgeving van Antwerpen aangehouden. Bij deze arrestatie werd tevens een derde Bask opgepakt, met name de Fransman Charles Lopez. Tijdens een controle op de E-10, nabij Kontich, trof de politie in hun wagen 2.000 legerpatronen aan.

Enkele weken later werd te Leuven een jonge Baskische vrouw, Olascogea Echari, gearresteerd. In haar appartement vond men dokumen-

ten betreffende geplande operaties van de ETA. Echari werd in beschuldiging van medeplichtigheid gesteld.

De drie mannen werden eind maart door de korrekcionele rechtbank van Antwerpen veroordeeld, tot één jaar gevangenisstraf en 60.000 BF boete. Ormaza kreeg nog een maand bijkomende gevangenisstraf, wegens het gebruik van valse papieren.

Op 17 mei werden in beroep de straffen van Lopez en Arteche te-



ruggebracht tot 8 maanden en de straf van Ormaza tot 9 maanden. Daarentegen werd de straf van Echari van 8 op 9 maanden gebracht, omdat ze als mededaadster - en niet langer als medeplichtige - werd aanzien.

Enkele dagen later vroeg Spanje de uitlevering van Ormaza en Arteche. De Spaanse regering beschuldigde beide mannen ervan leden te zijn van de ETA-militar. Op het moment dat Arteche te Kontich werd aangehouden, werd hij door het Spaanse gerecht gezocht wegens 'terreurdaden'.

In juni gaf de KIB (kamer van inbeschuldigingstelling) van het hof van beroep van Antwerpen een gunstig advies inzake het uitleveringsverzoek, wat een voedselstaking van de twee Spaanse Basken in de gevangenis tot gevolg had. De Franse Bask werd einde juli over de grens van het land gezet.

### Uitlevering

Arteche en Ormaza werden zaterdagmorgen, rond 5 uur opgehaald door de staatsveiligheid uit de gevangenis, om naar het vliegveld in Melsbroek gebracht te worden, waar ze rond 8 uur opstegen, richting Spanje. Op hun reis werden ze vergezeld door Belgische rijkswachters. Omstreeks 11 uur kwamen ze te Madrid aan. Bij aankomst werden ze onmiddellijk opgesloten. In Spanje worden ze vervolgd wegens 'samenwerking met gewapende benden'. Arteche zou zich, volgens de Spaanse overheid, schuldig gemaakt hebben aan een bomaanslag in het station van Alicante, een bankoverval en de ontvoering van een ambtenaar van het ministerie van Landbouw. De beschuldiging tegen Ormaza slaat op wapensmokkel en schriftvervalsing. Vice-eerste minister Gol deelde mee

dat de regering tot de uitlevering besloot op vraag van de Spaanse regering, na het gunstig advies van de KIB. Gol stelde dat 'de uitlevering kon toegestaan worden, daar de feiten die beide Basken ten laste worden gelegd voorzien zijn in het uitleveringsverdrag tussen België en Spanje en dat de gestelde daden ernstige daden van geweld zijn, gericht tegen de burgerbevoling ten einde een klimaat te verwekken van terreur'. Volgens Gol zou het in deze omstandigheden niet te rechtvaardigen zijn de uitlevering te weigeren, 'naar een land dat een democratisch regime heeft en deel uitmaakt van de raad van Europa'. Minister Gol stipte daarbij aan dat de Belgische regering garanties zou gekregen hebben omtrent de onpartijdige behandeling van beide verdachten: met andere woorden, de fysische en psychische integriteit van de twee personen zou veilig gesteld worden, zij zouden op om het even welk moment kunnen beschikken over een advocaat voor hun verdediging, ze zouden in de gevangenis bezoek kunnen ontvangen van familie en raadslieden, de Spaanse regering zou pogen de voorlopige invrijheidstelling te bekomen bij de procureur-generaal, en er zou het nodige worden gedaan opdat het vonnis spoedig zou kunnen uitgesproken worden.

De Spaanse regering heeft verklaard, bij monde van Fernando Moran - minister van Buitenlandse Zaken -, zeer tevreden te zijn met de uitlevering, en dat de naleving door België van het bestaande verdrag de betrekkingen tussen beide landen ten goede komt. Ook het Spaanse ministerie van Binnenlandse Zaken noemde de uitlevering van de Spaanse onderdanen 'zeer positief'.

**D**E uitlevering van de twee leden van de separatistische ETA-organisatie gebeurde, naar klassiek scenario, totaal on-aangekondigd, tijdens de vakantieperiode, gedurende een voor de rest rimpelloos weekeind. Hoewel de uitleveringsoperatie zelf in alle stilte verliep, zijn de reacties erop veel geruchtmakender, en de gevolgen ervan voorlopig nog niet volledig te overzien.

De Spaanse *reacties* op de uitlevering waren erg verdeeld. Terwijl zowel de woordvoerders van de socialistische regering als van de konservervatieve oppositie spraken van 'een historische stap in de strijd tegen het terrorisme', reageerden zelfs gematigde Baskische partijen en organisaties uiterst negatief op de uitlevering. De ETA-militar heeft intussen met vergeldingsmaatregelen gedreigd als gevolg van de uitlevering.

Bij de uitlevering stelde de Belgische overheid een aantal *voorwaarden* (veiligstellen van de fysische en psychische integriteit, kunnen beschikken over een advocaat, bezoek ontvangen, spoedig vonnis). Dit duidt er toch op dat ook de regering twijfels had over de behandeling die de ETA-leden te beurt zou kunnen vallen in de Spaanse gevangenis. Terecht. De Spaanse wetgeving voorziet immers dat gearresteerde 'terroristen' gedurende een periode van 10 dagen in 'incommunicado' mogen geplaatst worden. Met andere woorden, zij mogen geïsoleerd worden van de buitenwereld. Verschillende rapporten van Amnesty International hebben op deze periode van volledig willekeurige behandeling door de politie commentaar geleverd. Het is gedurende deze 'incommunicado'-fase dat meestal melding wordt gemaakt van foltermethoden.

Het lijkt er veel op dat Spanje momenteel alles doet om aan de gestelde voorwaarden tegemoet te komen. Zo kregen Arteche en Ormaza reeds bezoek van hun Baskische advocaten en familieleden in de gevangenis. Zij zullen binnenkort verschijnen voor een rechtbank die zal beslissen of ook zij kunnen genieten van een amnestiemaatregel die werd uitgevaardigd ten voordele van Baskische gedetineerden die verklaren in de toekomst geen geweld meer te zullen gebruiken in hun separatistisch streven. Ormaza, tegen wie geen specifiekere beschuldiging is ingebracht dan 'samenwerking met gewapende benden', heeft - dankzij deze amnestiemaatregel - veel kans snel in voorlopige

### Reacties uitlevering

België zet Frankrijk onder druk door Basken uit te leveren.

De Morgen 17-7-1984

**BRUSSEL.** - Zaterdagochtend leverde de Belgische Justitie de twee Spaanse Basken Arteche en Ormaza uit aan Madrid. De Belgische overheid is met deze beslissing vooruitgelopen op de goedkeuring van de 'Europese konventie ter bestrijding van het terrorisme', een erg omstreden konventie, waarover al aardig wat inkt gevloeid is. Zal Madrid deze uitlevering aangrijpen om de Franse regering - dé grote opposant in de discussie terzake - onder druk te zetten?



vrijheid te zullen worden gesteld. Voor Arteche liggen de zaken enigszins anders, aangezien hij beschuldigd wordt van heel bepaalde misdrijven, zoals 'deelname aan ontvoering'.

Vanwaar die lankmoedige houding van de Spaanse regering?

Het is lang niet onwaarschijnlijk dat deze houding door politieke motieven beïnvloed wordt. Sinds 1977 is er binnen de Raad van Europa discussie omtrent een 'Europese konventie ter bestrijding van het terrorisme', waarin de uitlevering voorzien wordt van personen die zware misdrijven begaan hebben, ook al waren deze geïnspireerd door politieke motieven. Deze discussie raakte volledig geblokkeerd sinds de machtswisseling in Frankrijk, en Parijs weigerde de konventie te ratificeren. Madrid zat erg verveeld met deze Franse weigering. De nationalistische Basken opereren immers zowel op het Franse als Spaanse grondgebied, en Spanje hoopte via deze uitleveringskonventie een stevigere greep te kunnen krijgen op de ETA.

Voor het eerst kwam er kentering in de Franse houding op de 14de conferentie der Europese ministers van Justitie van de Raad van Europa, die - toeval of niet - doorging te Madrid van 29 tot 31 mei. Er werd een principiële akkoord bereikt, met instemming van de Franse Justitieminister Badinter, over de creatie van een interministeriële werkgroep, in de schoot van de Raad van Europa, die belast zou worden met de studie van de bestrijdingsmiddelen 'tegen het terrorisme en de georganiseerde misdaad'. Sindsdien was het gesprek open tussen Parijs en Madrid, en werd gestreefd naar een gemeenschappelijk akkoord over samenwerking tegen het 'terrorisme'.

Minister Gol verklaarde vanuit Marokko, in een interview met *Le Soir* dat de Europese konventies (Straatburg 1977/Dublin 1979) als leidraad hebben gediend om de beslissing tot uitlevering te nemen. Hiermee is België het eerste land dat een uitleveringsbeslissing neemt, op deze basis. Ons land loopt dus vooruit op de konventies.

De Belgische Liga voor de verdediging van de rechten van de mens stelt dat de Belgische regering met deze uitlevering een inbreuk heeft gepleegd op de wet van 1 oktober 1833, die de uitlevering verbiedt van personen, verdacht van politieke misdrijven.

Het is de vraag hoelang Frankrijk

zich nu nog zal kunnen verzetten tegen de uitlevering van Basken aan Spanje. Indien het immers mogelijk is om de uitlevering van Basken te bekomen van de Belgische regering, mits het geven van een aantal garanties, waarom zou hetzelfde dan ook niet voor Frankrijk mogelijk zijn?

ETA dreigt met wraakakties  
De Morgen 18-7-84

**SAN SEBASTIAN.- De Baskische organisatie ETA-politico-militar heeft met vergeldingsakties gedreigd na de uitlevering door België van twee ETA-militanten. In een communiqué zegt de organisatie dat de beslissing van de Belgische regering een passend antwoord van het Baskische volk zal krijgen.**

**D**E beslissing van de Belgische regering om de twee Basken aan Spanje uit te leveren heeft in Baskenland grote onrust veroorzaakt. De separatistische partij Henri Batasuna, die nauw aanleunt bij de ETA, maakte zondag bekend dat 'het Baskische volk deze situatie niet zal aanvaarden en Brussel van antwoord zal dienen'.

Gisteren gaf de separatistische Baskische organisatie een communiqué uit waarin met vergeldingsakties wordt gedreigd. De ETA-politico-militar voegt er niet aan toe tegen wie de vergeldingsmaatregelen zullen gericht zijn.

Dit dreigement van de ETA wordt best heel ernstig genomen. Afgelopen weekend heeft de Baskische afscheidsbeweging akties ondernomen tegen Franse goederen in Baskenland. Er werden vier wagens in brand getoken, de installaties van een concessiehouder van Renault gingen in de vlammen op en een bom bracht zware schade toe aan een filiaal van Crédit Lyonnais.

De ETA vreest in de eerste plaats dat Frankrijk het voorbeeld van België zal volgen. Dat wordt in Parijs ontkend. Officieel geldt nog steeds de doktrine van de Franse minister van Justitie Badinter om politiek asiel te verlenen aan personen die in eigen land omwille van hun overtuiging worden vervolgd.

De afgelopen maanden heeft de Franse politie nochtans een aantal ETA-leden naar Centraal Amerika verbannen en een vijftigtal Baskische vluchtelingen een verplichte verblijfplaats toegewezen ten noorden van de Loire. Op 5 juli werden zeven andere Basken als misdadigers van gemeen recht gearresteerd op vraag van Interpol. De conservatieve Spaanse krant ABC meent te weten dat de hardere aanpak van de ETA-leden een gevolg is van de druk die de VS heeft uitgeoefend 'omdat de ETA-militanten in de kaart van de Sovjetunie spelen.'

Het Vlaams-Baskisch solidariteitskomitee 'Anai Arte' zegt in een mededeling dat de Belgische regering er goed aan doet het woord mensenrechten niet meer in de mond te nemen. De groep verontschuldigt zich bij het Baskisch volk 'voor deze onetische daad van de Belgische regering.'

Basken: "Geen schrik"  
De Morgen 20-7-1984

**ANTWERPEN.- De ouders van de twee uitgewezen Basken Arteche en Ormazza hebben gisteren de Baskische kolonie in Antwerpen laten weten dat de twee Basken in Madrid opgesloten zitten bij de politieke gevangenen. De ouders van de twee hebben meteen gevraagd iedereen in België te bedanken die de petitie ondertekend heeft waarin gevraagd werd de Basken niet uit te leveren. Tegelijkertijd werd telefonisch meegedeeld dat er geen represailles te vrezen zijn tegen Belgische onderdanen en dat deze geruchten verspreid werden om in het Baskenland nog meer politie te kunnen inzetten.**

NRC 17-7-1984

## Politie-escorte Franse auto's in Baskenland

**BILBAO, 17 juli —** De Spaanse politie zal een aantal buitenlandse auto's in Baskenland escorteren ter bescherming tegen aanslagen door leden van de Baskische afscheidsbeweging Eta.

Het besluit heeft vooral ten doel aanslagen op Franse auto's te voorkomen, aldus de politie, en zal voor zeker een maand gelden.

Eta-leden hebben onlangs aanslagen uitgevoerd op Franse vracht- en personenwagens als vergeldingsmaatregelen voor acties van de Franse politie tegen Baskische vluchtelingen in Frans Baskenland.

Eind vorige week zijn in Frans Baskenland opnieuw twee vermeende Eta-leden gearresteerd. Sinds 5 juli zijn in Frankrijk acht mensen aangehouden die lid van de Eta zouden zijn. De Franse maatregelen volgen op afspraken tussen Madrid en Parijs over nauwere samenwerking bij de bestrijding van het Baskische terrorisme.

België heeft zaterdag twee Basken uitgewezen die van terroristische acties worden beschuldigd. De politiek-militaire vleugel van de Eta heeft met niet nader omschreven represailles gedreigd, omdat deze uitwijzing een precedent kan vormen. (Reuter, AFP)



## Das französisch-spanische Anti-ETA-Abkommen

**taz** Dienstag, 17.7.84

*Madrid (taz) - Seit der Anti-ETA-Pakt auf dem spanisch-französischen Innenministertgipfel am 14. Juni verabschiedet wurde, ist im Baskenland eine neue politische Dynamik in Gang gekommen. Während im spanischen Teil die polizeiliche Repression gegen den radikalen Nationalismus francistische Ausmaße erreicht, läuft im französischen Teil, beschleunigt durch die Attentate der parapolizeilichen Gruppierungen GAL, langsam die „Säuberung von ETA-Terroristen“ an, die begleitet wird vom Angebot der Amnestie in Spanien für jene Flüchtlinge, die keine Bluttaten auf ihrem Konto haben. Zwischen dem militärischen Siegestaumel der spanischen Sicherheitsstrategen und den trotzigen Durchhalteparolen des Widerstands formieren sich zaghaft Kräfte, die einen politischen Ausweg aus dem Gewaltkarussell im Baskenland suchen.*

Das spanisch-französische Abkommen vom 14. Juni 84 erweitert und systematisiert jene Politik, die in vielen Aspekten bereits seit Dezember letzten Jahres praktiziert wird. Danach soll das französische Baskenland den Charakter als strategisches Hinterland für die Aktionen von ETA verlieren. Den 800 bis 900 Flüchtlingen, von denen nur acht offiziell diesen Status genießen, wird allmählich die inoffizielle Anerkennung als politische Flüchtlinge entzogen und in Zukunft in den Grenzprovinzen die Aufenthaltsgenehmigung nicht mehr erneuert.

In dem jüngsten Abkommen sind drei Phasen für die verschiedenen Klassen von Flüchtlingen vorgesehen:

1. Die ca. 200 Flüchtlinge, denen gerichtlich in Spanien nichts vorgeworfen wird, sollen problemlos die Grenze überschreiten können. Für sie sind inzwischen Spezialtelefone im Innenministerium eingerichtet worden, wo sie sich informieren können. Diese sollen allerdings bisher nur äußerst spärlich frequentiert worden sein.
2. In einer zweiten Phase sollen ca. 400 Fälle einer Revision unterzogen werden, die Delikte ohne Blutvergießen auf ihrem Konto haben. Auch ihnen wird bei einem ausdrücklichen Verzicht auf die Mittel des bewaffneten Kampfes die soziale Eingliederung in Euskadi in Aussicht gestellt.
3. Die dritte Gruppe, die direkt in Anschläge verwickelt ist und/oder zur Führung von ETA zählt, soll nach Übersee zwangsdeportiert werden, falls die bisherigen Abschiebungen nicht die Wirkung zeigen, daß ETA in seiner Haltung gegenüber eventuellen Verhandlungen flexibler wird. Seit Anfang des Jahres sind bereits 17 Personen in lateinamerikanische Länder deportiert worden, wo sie in den meisten

Fällen unter starker Polizeikontrolle gehalten werden. Daneben wurden um die 30 Personen in nordfranzösische Ortschaften zwangsumgesiedelt.

Am 7. Juli hat Interpol einem spanischen Antrag zur Suche und Verhaftung von 95 ETA-Mitgliedern nachgegeben, von denen sich ca. 50 in Frankreich aufhalten. Die französische Polizei hat davon bisher sieben festgenommen, über deren weiteres Schicksal bisher noch nicht entschieden ist. Davon wurden einige mutmaßliche Etaras wegen illegalen Waffenbesitzes festgenommen. Im Gegenzug hat ETA eine Offensive gegen französische Interessen in Spanien gestartet, in deren Folge am 11.7. bei Burgos zunächst fünf französische Lastwagen hochgingen. Nach angeblich von der Guardia Civil abgefangenen Briefen an die Kommandos in Euskadi macht die ETA-Führung, „vom Erfolg dieser Offensive das Schicksal der Flüchtlinge in Südfrankreich abhängig“.

Diese Strategie des Gegendrucks von ETA hat bisher auf französischer Seite eher zu einer Verhärtung beigetragen. Dabei wird jedoch auch deutlich, daß die Aufrechterhaltung der Infrastruktur im französischen Grenzgebiet für ETA von vitaler Bedeutung ist. Die mögliche Verlagerung des Apparats nach Belgien wurde von der Führung der Organisation kürzlich angeblich ausgeschlossen, weil die Guerilla durch die über 1.000 km Entfernung ihre Operationsfähigkeit verlieren würde und außerdem die spanisch-belgischen Beziehungen in der Anti-Terrorismus-Bekämpfung ständig enger geworden sind. Erst kürzlich wurden zwei Basken von Belgien an Spanien ausgeliefert, wie am Samstag bekannt wurde. Die andere in Erwägung gezogene Möglichkeit wäre die Flucht nach vorne ins spanische Baskenland, wo sich bereits die Mehrzahl der Kommandos aufhalten, mit dem erhöhten Risiko, daß die ETA-Führungsstruktur schrittweise polizeilich aufgerieben wird.

### Verhandlungen am Horizont

Die französische Regierung geht davon aus, daß ihre veränderte Haltung zu den in ihrem Land residierenden ETA-Mitgliedern verbunden mit dem spanischen Angebot der sozialen Wiedereingliederung von Ex-Militanten die Situation von ETA Südfrankreich radikal verändert und die Perspektive einer Verhandlungslösung eröffnet. Nach Meinung eines hohen Sicherheitsbeamten „ist jetzt ein entscheidender Augenblick: Sowohl innerhalb von ETA als auch in den ihr nahestehenden Organisationen werden Dynamiken erzeugt, die erstmalig einen grundsätzlichen Standpunktwechsel nahelegen...nach dem Sommer werden sich möglicherweise Kontakte ergeben. Davon gehen auch die spanische Zentral- und die baskische Regionalregierung aus“.

Der Zivilgouverneur von Biskaya und Vertrauter des spanischen Innenministers, San Cristobal, kündigte an, daß die spanische Regierung in Verhandlungen nur eintreten wird, wenn sie dank der vorangegangenen Polizeiaktionen in einer maximalen Position der Stärke ist. Er schloß gleichzeitig jetzt, wie auch für die Zukunft aus, mit der ETA politisch nahestehenden Organisation Herri Batasuna (HB) zu verhandeln, da diese nicht adäquater Gesprächspartner sei. Dieses Mißtrauen gegen Herri Batasuna als Repräsentant von ETA gründet sich wohl auf die Erfahrungen in der Vorbereitungsphase zur letztlich gescheiterten Friedensrunde von Anfang 1983, an der Sozialisten, die gemäßigten Nationalisten (PNV) und Herri Batasuna teilnahmen, als ETA neben fünf weiteren Attentaten einen Anschlag auf den Kommandeur der stärksten Panzerdivision Spaniens, General Lago, ausführte. Auch jetzt ist ETA die große Unbekannte, die niemanden in ihre Karten schauen läßt. Wenn man nicht auf die gezielten Fehlmeldungen der Geheimdienste über ETA-Internes reinfallen will, ist man auf die Verfolgung sehr indirekter Wege - z.B. die internen Debatten von Herri Batasuna - angewiesen, um die realen Auseinandersetzungen in der ETA-Führung zu errahnen.

Innerhalb von Herri Batasuna gab es kürzlich eine breite Debatte über Themen wie Verhandlungen zur Beendigung der Gewalt, eventuelle Beteiligung in den Institutionen sowie über interne Strukturen. Dabei kam es zu einer Polarisierung zwischen einer Mehrheit, die Herri Batasuna primär als „breite demokratische Bewegung“ ansieht und einer Minderheit, die Herri Batasunas Funktion als „Revolutionäre Avantgarde“ unterstrichen wissen will. Groß vereinfacht stellen erstere den stark nationalistischen Sektor dar, der eher für Verhandlungen offen ist und dazu neigt, eine potentielle Erweiterung der Basis der Partei in Richtung der gemäßigten PNV zu suchen. Die zweite Gruppe - unter ihnen eine Reihe von traditionellen Parteiführern - sind Anhänger einer ideologischen Straffung auf Basis des Marxismus-Leninismus, sieht Verhandlungen eher unter dem propagandistischen Gesichtswinkel und kurzfristig nicht realisierbar, da die „wirklichen“ Verhandlungen direkt zwischen ETA und der spanischen Armee (als faktischem Machthaber) stattfinden müßten.

Ein ähnlicher Machtkampf soll sich nach PNV-nahen Pressestimmen im Herzen von ETA abspielen: Txamin, der charismatische militärische Chef von ETA, soll den demokratisch-nationalistischen verhandlungsbereiten Flügel anführen, während der politische Chef, Antxon Echeveste, Führer der revolutionären marxistisch-leninistischen Verhandlungsgegner sein soll.

In ähnlichen Situationen ist ETA bisher immer nach einem bestimmten Schema verfahren: Im Prinzip stimmte man Verhandlungen zu. Um dabei jedoch in einer Position der Stärke zu sein, griff ETA dort an, wo es dem Staat am meisten wehtat...auf diese Weise hat der Flügel, der allein auf den Erfolg der Waffen vertraut, stets jede Möglichkeit gehabt, um einen Dialog im Keime zu ersticken.



Damit unterliegt dieser Flügel einer Dynamik, die den spanischen Anti-Terror-Strategen nur recht sein kann. Diese zielen auf eine absolute militärische Niederlage von ETA ab, um bei Verhandlungen keinerlei politische Zugeständnisse machen zu müssen. Die Tatsache, daß ETA im Baskenland um die 150.000 Anhänger hat und durch die anhaltenden Folterungen auf den Kommissariaten und die provokative Besatzungspolitik der Guardia Civil stets neue Legitimationen erhält, kurz, daß ein Ende der Gewalt einen politischen Kompromiß voraussetzt, wird offensichtlich aus den Polizeihirnen verdrängt.

Johannes Spiegel-Schmidt, Madrid

## THE VANCOUVER FIVE:

# ONE TRIAL DOWN; FOUR TO GO

IN JANUARY 1983, FIVE VANCOUVER ACTIVISTS WERE arrested and charged with the firebombing of Red Hot (video porn) stores, the bombing of a B.C. Hydro power substation, and various conspiracy, arms and stolen property charges. Subsequently, they were charged with the bombing of the Litton factory in Toronto that produces the guidance system for the Cruise missile.

Since **Open Road's** last issue, the first of the five trials has begun. From September to December, 1983, legal arguments were presented before B.C. Supreme Court Justice Martin Toy to determine the admissibility of unlawfully obtained wiretap evidence. The trial proper, with the jury present, began January 3, 1984, with surveillance, wiretap and physical evidence presented by the prosecution.

Julie Belmas, Ann Hansen, Gerry Hannah, Doug Stewart and Brent Taylor remain in Oakalla prison where they have been held without bail for more than 15 months. In March, Gerry and Julie pleaded guilty to reduced charges (five counts for Gerry and seven for Julie) and they are now awaiting sentencing. For Ann, Brent and Doug the first trial has just ended (see *Late News Flash* on page six). The remaining four trials, including the Litton trial to be held in Toronto, are not expected to be finished before 1985.

Support work is continuing locally and internationally. Interviews with Ann and Brent have appeared in

radical publications in North America and Europe, and "autonomous" physical surveillance of the five publications have appeared throughout Canada detailing the events of the pre-trial, the trial, and the nature and history of direct action. Awareness is growing of the Five's case, as are the political issues involved in the case.

### LEGAL UPDATE

The first trial originally included the following counts:

- Conspiracy to rob a Brinks armored car.

Wiretap evidence was ruled admissible in the trial — even though it was obtained through *illegal* entries into the homes of the targets (in Canada its considered quite acceptable for cops to break their own laws to get evidence). There was a bug in the kitchen at Doug's apartment, and, at the house where the other four lived, bugs in the kitchen and bedroom. They had no phones of their own, but the phones of friends and neighbor-

### Spring 1984 OPEN ROAD

- Possession of restricted weapons
- Three counts of vehicle theft.
- Four counts of stolen property.
- Possession of explosives
- Breaking and entering

September 6, 1983. The *voir dire* (a hearing without the presence of a jury) began before Judge Samuel Toy in New Westminster, B.C. Supreme Court.

Because of the outrageous pre-trial publicity, Toy allowed the defense given time. Many of the trackers are lawyers to question potential jurors women, or short men, or otherwise about prejudice and impartiality. It is not in accordance with popular cop stereotypes; they drive around, ride blanket "challenge of the jurors" has been allowed.

During defense questioning of a member of the secret service, "national security" was invoked a number of times to avoid answering questions about the extent of physical and electronic surveillance of the Five and others. Did the secret service watch the Red Hot Video firebombings? If so, who did they see? "National Security" means they don't have to say why, where or when special forces personnel tracked the Five, their friends and members of the left then community, nor how much this is list). Police also conducted illegal

hood public phones were tapped. A video camera (capable of night-vision) was installed outside of Doug's house.

A cast of hundreds (literally) was involved in physical surveillance, bugging and the arrests. Police from at least eight different divisions of local and national, criminal and intelligence forces participated.

January 3, 1984. The jury was present and the prosecution began its case.

More information came out on police methods: up to ten trackers

could be watching one person at any time. Many of the trackers are women, or short men, or otherwise about prejudice and impartiality. It is not in accordance with popular cop stereotypes; they drive around, ride blanket "challenge of the jurors" has been allowed.

During defense questioning of a member of the secret service, "national security" was invoked a number of times to avoid answering questions about the extent of physical and electronic surveillance of the Five and others. Did the secret service watch the Red Hot Video firebombings? If so, who did they see? "National Security" means they don't have to say why, where or when special forces personnel tracked the Five, their friends and members of the left then community, nor how much this is list). Police also conducted illegal



searches while gathering information before the arrests.

**March 1984.** Julie and Gerry plead guilty to five counts each:

- Conspiracy to rob a Brinks armoured car.
- Possession of weapons for "a purpose dangerous to the public peace."
- Theft of three cars
- Possession of stolen property
- Arson of Red Hot Video in Port Coquitlam

And Julie pleads guilty to an additional two:

- Possession of explosives for a dangerous purpose
- Causing an explosion at Litton industries, Toronto

**April 1984.** Judge Toy says he will instruct the jury to find Doug not guilty of conspiracy to rob a Brink's truck.

The prosecutor had tried to argue that Doug was an aider and abettor to the conspiracy — but there is really no such charge.

**May 1984.** Verdicts on the first trial for Ann, Doug and Brent will come down. They will be sentenced, then go on to the next trial. Gerry and Julie will also be sentenced (for them only once now) in May.

**July[?] 1984.** Trial II will be for arsons at three Red Hot Video stores (November 1982).

It is not yet clear whether the defense will be able to question potential jurors during the selection process as in the first trial. This could be crucial since defense surveys show that a lot of people are sympathetic to the intent—if not necessarily the method—of the firebombings.

Because of the nature of the charges and the history of resistance against Red Hot, there is an opportunity to present a political defense and put Red Hot Video on trial. Ann will be conducting her own defense, and feminist researchers and activists will be called to testify on the relationship between violent pornography and violence against women and children. There will be testimony about the ineffectiveness of legal protest prior to the firebombings.

**Still to come:** Trial III for the bombing of the Cheekeye-Dunsmuir power

station on Vancouver Island. Trial IV for an armed robbery. Trial V for the bombing of Litton in Toronto.

See the information guide

## Late Flash!

After deliberating for four days, the jury has found Ann and Brent guilty on all counts of the first indictment. Doug was acquitted of all charges except weapons possession and on May 7 was sentenced to one day in prison. All are being held in custody pending further trials. The prosecutor has now decided to hold the trial for the Hydro bombing next, beginning June 11.

## PUBLICATIONS

• *The Five*: write them directly at Oakalla Prison, Drawer 'O,' Burnaby, B.C., Canada.

• *Writings of the Vancouver Five*: forty-page pamphlet of poems, drawings and political analysis by the Five. Available for \$1.50 from Free the Five Defense Group, Box 48296, Bentall Station, Vancouver, B.C. V7X 1A1.

• *Free the Five Newsletter*: available for a donation from Box 48296, Bentall Station, Vancouver, B.C.

• *Resistance*: issues 4 & 5 (Direct Action and Wimmin's Fire Brigade communiques), issue 6 (update on the Five) and issue 7 (update on the trial); for \$2 each, from Friends of Durruti, Box 790, Stn. A, Vancouver, B.C. V6C 2N6 Canada.

• *D.O.A.* benefit single, Fuck You (by Gerry Hannah) b/w Burn It Down!; \$3 plus \$0.75 handling, from D.O.A., Box 65896, Stn. F, Vancouver, B.C.

• *Trial By Media*: one hour videotape, suitable for showing at public forums on the Five; available from B.C. Journalists for Accuracy in Media, 1868 Franklin St., Vancouver, B.C.

• *CLASP Bulletin*: info package on surveillance, police dirty tricks and other 1984 nightmares; for a donation, from CLASP, Box 65369, Stn. F, Vancouver, B.C.

• *Bulldozer*: militant prisoner magazine with coverage of repression of Toronto supporters of the Five; available for a donation, from Box 5052, Stn. A, Toronto, Ont. M5W 1W4.

• *Overthrow*: interview with Ann Hansen and Brent Taylor, Vol. 5, No.

3; \$1 from Box 392, Canal St. Station, New York, N.Y. 10013 U.S.A.

• *Cops Draw Guns to Plant Bugs*: autonomous publication detailing information on all aspects of surveillance of the Five, the police involved, the methods used. Available for the price of postage from *Open Road*.

**taz** Mittwoch, 18.7.84

Japan

## Serie von Anschlägen

Tokio (dpa). Die japanische Polizei vermutet radikale Organisationen hinter einer Serie von kleineren Brandanschlägen, die am Montagabend auf Ziele in und außerhalb Tokios verübt wurden. Wie die Sicherheitsbehörden am Dienstag mitteilten, wurden bei der offensichtlich koordinierten Aktion am Vorabend Brandsätze an der Außenmauer des Hauptquartiers der Regierenden Liberal-Demokratischen Partei (LDP) in der Hauptstadt, im Gebäude der japanisch-südkoreanischen Freundschaftsgesellschaft, in der Nähe des internationalen Flughafens Narita sowie auf verschiedene japanische und amerikanische Militäreinrichtungen gezündet.

Nach Angaben der Polizei richteten sich die neun Anschläge, zu denen sich später eine Gruppe mit dem Namen „Partisan“ bekannte, wahrscheinlich gegen den für Anfang September geplanten ersten Besuch des südkoreanischen Staatspräsidenten Tschun Du Hwan sowie zum Teil auch gegen den Ausbau des Flughafens Narita außerhalb Tokios.



# türkei infodienst

Nr. 86

ERSCHEINT 14-TÄGIG

16. Juli 1984

## Menschenrechte

### a) HINRICHTUNGEN

Seit dem 12.09.1980 wurden in der Türkei 48 Menschen hingerichtet (darunter 25 politische Täter).

sitzende Nedim Tarhan wurden dabei zu jeweils 8 Jahren, 4 weitere Angeklagte zu je 5 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Cumhuriyet vom 08.07.1984

### b) Todesstrafen

Cumhuriyet vom 30.06.1984

Seit der Ausrufung des Kriegsrechtes wurden in der Türkei 421 Todesstrafen verhängt.

Weitere Verfahren

### Bestätigungen

Cumhuriyet vom 29.06.1984

### Weitere 7 Hinrichtungsakte dem Parlament übergeben

Gesetzesvorlagen für die Hinrichtung von weiteren 7 Personen wurden jetzt der Großen Nationalversammlung der Türkei übergeben. Da es in der Zwischenzeit aber zu einer Sommerpause des Parlaments von 1,5 Monaten kommt, wird über diese Vorlagen erst später beraten werden.

Es handelt sich bei den Hinrichtungsakten um Abdulkadir Konuk (TDPK, Vorfälle von Gültepe, tid), Sezade Kaygusuz (Dev-Yol, Adana, tid), Osman Yilmaz, Muhsin Kaya und Mustafa Gülnar (Rechte, Idealisten, tid). Zwei weitere Hinrichtungsakte waren zuvor vom Ministerpräsidium wieder zurückgefordert worden, liegen aber jetzt der neuen Beratung vor. Es sind Kenan Dogan und Mustafa Özdemir (Dev-Kurtulus, tid).

In Erzincan ging das Verfahren gegen die Angehörigen von Kurtulus aus Sinop zu Ende. 2 der Angeklagten wurden zu einer lebenslänglichen Haftstrafe, je einer zu Haftstrafen von 16, bzw. 20 Jahren, 6 Angeklagte zu je 15 Jahren, 41 Angeklagte zu je 5 Jahren und 10 Angeklagte zu Haftstrafen zwischen 2 und 5 Jahren verurteilt. 107 Angeklagte wurden freigesprochen.

Vor dem Militärgericht Nr. 3 in Istanbul endete der Prozeß wegen der Ermordung des YDGD-Angehörigen Ali Ismet Gündoğdu. Ein Angeklagter wurde dabei zu 26 Jahren Zuchthaus verurteilt, ein Angeklagter erhielt eine Strafe von 15 Monaten und 2 Angeklagte erhielten Haftstrafen von je 10 Monaten. 5 Angeklagte, gegen die der Militärstaatsanwalt die Todesstrafe gefordert hatte, wurden freigesprochen.

Cumhuriyet vom 05.07.1984

Nach unserer Zählung liegen dem Parlament damit 45 Gesetzesvorlagen von Hinrichtungen vor, davon 32 Linke, 5 Rechte und 8 Unpolitische. 5 Hinrichtungsakte (alle Linke) wurden bisher durch den Rechtsausschuß bestätigt.

### Im DISK-Verfahren jetzt 171 Angeklagte

Das Verfahren gegen die Gewerkschaft Tümkas wurde mit dem zentralen DISK-Verfahren zusammengelegt. In dieser Gewerkschaft sind 20 Personen angeklagt. Schon zuvor waren die Verfahren von Basins mit 55 Angeklagten und Emas mit 11 Angeklagten mit dem zentralen DISK-Verfahren zusammengelegt worden, so daß sich nun die Zahl der Angeklagten auf 171 erhöht hat.

### c) ANTRÄGE AUF TODESSTRAFE

Cumhuriyet vom 05.07.1984

06.07.84 3 Linke

in Istanbul

### Das Verfahren gegen Proletaryanin Kurtulusu

Vor den Gerichten der Türkei wurden seit dem 12.09.80 in 6.049 Fällen Todesstrafen beantragt.

Im Verfahren gegen 18 Angeklagte der Proletaryanin Kurtulusu vor dem Militärgericht Nr. 1 in Istanbul hat der Militärstaatsanwalt sein Plädoyer gehalten. Für 11 der Angeklagte forderte er eine Strafe zwischen 8 und 24 Jahren, 3 Angeklagte sollen freigesprochen werden und für 4 Angeklagte sollen die Akten abgetrennt werden. Der Staatsanwalt teilte mit, daß die Organisation 1978 legal gegründet worden sei, dann sich aber in die illegale Organisation TKIB verwandelt habe. Die geforderten Strafen sollen wegen Organisationszugehörigkeit, Kommunismuspropaganda, Waffenbesitz und Verstoß gegen die Kriegsrechtsbestimmungen erteilt werden.

Das Lied 'Erinnere dich, mein Liebling' wurde in den staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten (TRT) verboten

Das beliebte Lied 'Hatirla Sevgilim' (Erinner dich, mein Liebling), das in den letzten Monaten viel gespielt wurde, ist in den staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten (TRT) verboten worden. Die Melodie stammt von Erdogan Berker und die Worte will Mehmet Erbulan geschrieben haben. Bis der Disput zwischen den Autoren gelöst ist, soll das Lied nicht mehr gespielt werden.

Cumhuriyet vom 10.07.1984

### d) PROZESSE

Cumhuriyet vom 29.06.1984

### 41 TDKP'ler und 11 ÜGD'ler verurteilt

Vor dem Militärgericht Nr. 2 in Adana ging der Prozeß gegen Angehörige der TDKP/HK aus K. maras und der Prozeß gegen ÜGD aus Kozan zu Ende. Im TDKP-Verfahren wurden 110 Personen freigesprochen, 41 Angeklagte bis zu 20 Jahren verurteilt. Im ÜGD-Verfahren wurden 7 Angeklagte freigesprochen, die Akten von 2 Angeklagten abgetrennt und 11 Angeklagte erhielten Strafen bis zu 24 Jahren. Ihnen war zweifacher Mord und zweifache Körperverletzung zur Last gelegt worden.

Cumhuriyet vom 29.06.1984

### Aydin Erten wurde freigesprochen

Der ehemalige Bürgermeister von Gültepe, Aydin Erten, wurde nun von dem Vorwurf der Beleidigung der Streitkräfte freigesprochen. Die Militärstaatsanwaltschaft in Izmir hatte ihn wegen einer Rede vor den Kommunalwahlen in einer Teestube angeklagt. Dort solle er den Nationalen Sicherheitsrat als 'Junta' bezeichnet haben. Da dies durch die Beweisaufnahme nicht erhärtet werden konnte, erfolgte der Freispruch mangels Beweisen.

Cumhuriyet vom 30.06.1984

### Die Leiter von Köy-Koop wurden ein zweites Mal verurteilt

Nach der Revision der Urteile im Verfahren wegen der fassungsmäßige Ordnung zu beseitigen und an ihre Vereinigung Köy-Koop (Dorfgenossenschaft, tid) durch Stelle ein kommunistisches Regime errichten wollten. die 3. Kammer des militärischen Kassationsgerichtshofes In diesem Sinne seien sie aktiv gewesen. Für die übrigen hat nun das Militärgericht Nr. 2 in Ankara die Urteile aus Angeklagten werden Strafen zwischen 5 und 15 Jahren der 1. Instanz bestätigt. 4 Angeklagte, darunter der Vor-Zuchthaus gefordert.

Cumhuriyet vom 05.07.1984

### An der 'Middle East University' wird wegen der Erklärung der Intellektuellen ermittelt

Nach den Universitäten Ankara und Hacettepe sollen nun auch Ermittlungen gegen die Unterzeichner der Erklärung der Intellektuellen an der Middle East University (ODTÜ) in Ankara erfolgen. Wie es in der Mitteilung heißt, sollen an dieser Universität vier oder fünf Hochschulangehörige die Erklärung unterschrieben haben.

Tercüman vom 07.07.1984

### Für 3 THKP/C Militante wird die Todesstrafe gefordert

Von der Militärstaatsanwaltschaft in Istanbul wurde ein neues Verfahren gegen 28 Angehörige der Organisation Kurtulus eröffnet. Für 3 der Angeklagten wird die Todesstrafe gefordert. In der Anklageschrift heißt es, daß die Angeklagten den Namen der Organisation im Jahre 1983 in 'Befreiung für die Türkei und Nordkurdistan' verändert hätten, den Versuch gemacht hätten, die verfassungsmäßige Ordnung zu beseitigen und an ihre Vereinigung Köy-Koop (Dorfgenossenschaft, tid) durch Stelle ein kommunistisches Regime errichten wollten. In diesem Sinne seien sie aktiv gewesen. Für die übrigen hat nun das Militärgericht Nr. 2 in Ankara die Urteile aus Angeklagten werden Strafen zwischen 5 und 15 Jahren der 1. Instanz bestätigt. 4 Angeklagte, darunter der Vor-Zuchthaus gefordert.

Gegen Gönensin und Hekimoglu wurde ein Verfahren eröffnet

Gegen den Direktor der Nachrichtenagentur ANKA und Journalisten unserer Zeitung, Müserrif Hekimoglu, und unseren Chefredakteur, Okay Gönensin, wurde vor dem Militärgericht Nr. 1 in Istanbul ein Verfahren wegen eines Verstoßes gegen die Kriegsrechtsbestimmungen eröffnet. Mit einer Kolumne am 18. Mai 1984 'Memet, mein Falke und darüber hinaus' soll dieser Verstoß erfolgt sein. Es wird aufgrund des § 16/1 des Gesetzes mit der Nummer 1402 eine Strafe zwischen 3 Monaten und 1 Jahr gefordert.

Nokta vom 09.07.1984

### Aziz Nesin: Die Unterzeichner sind keine Linken

In einem Kommentar geht einer der Initiatoren der Erklärung der Intellektuellen, der Schriftsteller Aziz Nesin, auf den Vorwurf ein, die Erklärung sei nur von Linken unterschrieben worden. Dabei betont er zunächst einmal, daß dies keine organisatorische Aktivität gewesen sei und die Schwierigkeit darin bestanden habe, Personen aus allen Schichten schon bei der Entstehung zu beteiligen. Er gibt dann verschiedene Beispiele, wie sich Exponenten auf der Rechten zu der Erklärung verhalten haben. Obwohl einige von ihnen die Erklärung vollständig unterstützt hätten, hätten sie dann aber doch nicht unterschrieben. Auf einer der letzten Seiten werden sodann viele Namen



aus dem Ausland aufgeführt, die eine Solidaritätsresolution für die Intellektuellen unterschrieben haben.

Tercüman vom 12.07.1984

#### Avci wurde freigesprochen

Der Vorsitzende der Partei des Rechten Weges, Yildirim Avci, wurde von dem Vorwurf gegen die Beschlüsse des Nationalen Sicherheitsrates verstoßen zu haben, vor dem Militärgericht in Izmir freigesprochen. In seiner Verteidigung hatte er vorgebracht, daß seine Kritik an den Wahlen vom 6.11.83 nicht gegen den NSR sondern gegen den Wahlausschuß gerichtet gewesen sei. Die Anklage war aufgrund der Rede in Demirci/Manisa erfolgt.

Tercüman vom 13.07.1984

#### Im DISK Verfahren nun 474 Angeklagte

Das DISK-Verfahren vor dem Militärgericht Nr. 2 in Istanbul wurde mit den Verfahren von Maden-Is (138 Angeklagte) und Tekstil-Is (58 Angeklagte) zusammengelegt. Dadurch hat sich die Zahl der Angeklagten auf 474 erhöht. Die Zahl der beantragten Todesstrafen beträgt 76.

WDR IV vom 13.07.1984

#### Verfahren gegen TSIP

Die Militärstaatsanwaltschaft von Istanbul hat gegen 11 Funktionäre der aufgelösten Partei TSIP (Sozialistische Arbeiterpartei der Türkei) ein Verfahren eröffnet, in dem gegen die Angeklagten Strafen zwischen 10 und 24 Jahren gefordert werden. Während die Staatsanwaltschaft bei 3 Angeklagten das Verfahren einstellte, wurden die Verfahren von 16 Angeklagten, unter ihnen der Vorsitzende Ahmet Kacmaz, abgetrennt.

#### e) FOLTER, MORD, HAFT ...

Cumhuriyet vom 03.07.1984

#### Ein Jugendlicher, der über die Grenze wollte, wurde tot gefaßt

Als der 23-jährige Hüseyin Dedeoglu versuchte, bei dem Dorf Hisar in der Nähe von Kilis ohne Paß die Grenze nach Syrien zu überqueren, und auf die Aufforderung der Gendarmerie, stehen zu bleiben, nicht reagierte, eröffneten die Sicherheitskräfte das Feuer und konnten ihn tot festnehmen.

Cumhuriyet vom 04.07.1984

#### Sturz aus dem Polizeigebäude

Als in Ankara Arif Coskun, der wegen 15 verschiedener Delikte, wie Taschendiebstahl, merkte, daß er sich der Strafverfolgung nicht mehr entziehen konnte, stürzte er sich aus dem 3. Stock des Polizeigebäudes. Er wurde mit schweren Verletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert.

Cumhuriyet vom 08.07.1984

#### Justizminister Eldem: Zahl der Untersuchungs- und Strafhaftlinge hat abgenommen

Justizminister Necat Eldem beantwortete die Fragen des Cumhuriyet-Reporters bezüglich der Lage in den Gefängnissen wie folgt. Man sei bemüht, die Haftbedingungen zu verbessern. Aus diesem Grunde werde der Bau von weiteren 1200 Plätzen in Gefängnissen vom Typ-E, von denen es schon 26 gebe, beschleunigt durchgeführt. In den letzten zwei Monaten sei die Zahl der Untersuchungs- und Strafgefangenen von 73.000 auf 71.000 zurückgegangen. Die Kapazität betrage demgegenüber 83.000.

Cumhuriyet vom 12.07.1984

#### Gegen 3 Wärter Prozeß wegen Folter eröffnet

Wegen Folter an einem Gefangenen im Gefängnis Vezirköprü wurde ein Ermittlungsverfahren gegen zwei Oberwärter und einen Wärter eröffnet. Sie sollen den zu 7 Jahren, 6 Monaten verurteilten Rahim Batak mißhandelt haben, so daß dieser in das Krankenhaus Samsun eingeliefert und dort für einen Monat behandelt werden mußte.

#### Baton charge at IRA man's funeral.

The Guardian 16-7-84

Fighting broke out yesterday between police and mourners at the funeral in Northern Ireland of an IRA man shot last week by soldiers.

Officers in full riot gear drew their batons, exchanging blows with some of the 400 people following the body of 28-year-old William Price to a graveyard near Ardboe, County Tyrone.

Hundreds of police and troops were on duty, but the situation was defused when security forces were given assurances that there would be no paramilitary demonstration at the graveside. They then withdrew from the cemetery, and the ceremony went ahead.

Police, obviously expecting a paramilitary show of strength for the dead IRA man, lined the route from St Brigid's Church, Brockheh, to the graveyard. Scuffling broke out at several points.

Several policemen were injured, one sustaining a broken nose, and some local people were also hurt in the melee.

Mr Price, who lived at Carnan, Stewartstown, was shot dead on Friday when an army undercover unit intercepted a gang apparently about to fire-bomb a factory in Ardboe. It was alleged that he failed to respond to a challenge from troops hiding in fields close to the target building.

Mr Price, an unemployed painter, was later said by the IRA to have been "on active service." Sinn Fein claimed that he was a victim of "the British shoot-to-kill policy." Three other men were arrested at the scene. Police later recovered two hand guns, four incendiary devices, and timers.

Sinn Fein said in a statement: "The brutal scenes witnessed at the funeral of volunteer Willie Price represent a new low on the part of the RUC when they batoned mourners walking in the cortege."

"A number of people had their heads split open, several were hit on the ribs, and some men were hit between the legs by RUC personnel who drew their batons upwards."

"Any RUC injuries were caused in the scuffles when people attempted to defend themselves."

Among mourners at the funeral were the West Belfast MP, Gerry Adams, and two other leading members of Sinn Fein, Owen Carron and Danny Morrison, who claimed that the

police action was a "disgrace."

An RUC spokesman said that some officers had to draw their batons, but only to defend themselves. No attempt had been made to remove the Irish tricolour flag draped over Price's coffin.

Two part-time members of the Ulster Defence Regiment, one a woman, were killed at the weekend when they were caught in a land mine explosion in County Tyrone, close the border with the Irish Republic. They were named as Lance-Corporal Heather Kerrigan, aged 20, and Private Norman McCKinley, aged 31, both of Castlederg.

They were members of an eight-strong patrol on duty in the area when the bomb, hidden in a culvert, was detonated. Miss Kerrigan's brother David, also in the UDR, was injured in the explosion.

Women members of the UDR, known as Greenfinches, are unarmed. This week's death brings to four the number of female members of the regiment killed since 1970.

Yesterday another bomb was discovered close to the scene of the killings. Containing 50lb of explosive, it was found packed in a gas cylinder.



On December 6, 1982, a trial began in Belfast's Crumlin Road Court. 117 days later it ended, the lengthiest trial in Irish history to date. And perhaps the costliest - £1.3m will be paid out in legal aid fees alone (not to mention salaries of judges, police, prison officers, etc.) In every way the trial was a blockbuster. One hundred and fifty police officers worked on putting the case together for the court. The papers of evidence ran to over 70,000 pages. There were 38 people accused, 33 men and 5 women, on 184 separate charges arising out of 45 alleged separate incidents of violence. 550 witnesses gave evidence in court. The trial was in short a spectacle, a show.

A Black day for justice  
Belfast Bulletin nr.11 1984

But even more spectacular was the fact that the whole show hung on just one actor, Christopher Peter Black, 28 years of age, from North Belfast's "Bone" area. Black's word was the main evidence, and in the majority of cases the only evidence, against most of the accused. His claim was that he had been a member of the IRA and as such had been involved in numerous "terrorist" incidents. He described the incidents and named people whom he said were participants along with him in them. So everything rested on whether or not the judge, Basil Kelly, sitting alone without a jury, would accept Black's word as sufficient "evidence" to find the accused guilty. Of course, given Kelly's background and position, the outcome was never really in doubt. But the more important questions were not about the judge. Would the legal profession continue to participate in such trials where the hallowed "rule of law" had been reduced to such a threadbare rag? Would there be any public outcry at home or abroad over convictions on such flimsy "evidence"? Thus, the Black trial was crucial. Previously, the state had successfully tried its hand in the Bennett case. But Bennett was a loyalist, and for the British state in Ireland the main problem is the Republican threat. The Black trial became the flagship. If the police and the informer working in cahoots could get their act together enough to ensure that they put no obvious obstacles in the way of the judge finding the accused guilty, and if there was no major outcry from the legal profession or public opinion, then the politicians could rub their hands in glee. They would have pulled out what looked like a major trump card to use over and over again in future attempts to smash Republicanism.

## THE EARLY DAYS : BLACK THE REPUBLICAN

*"Clearly he was a dangerous and ruthless terrorist. If he had not been caught by the police... the probabilities are that by now his crimes would be multiplied and his terrorist activity unabated."*

*("Justice" Kelly)*

Christopher Black was born and raised in Ardoyne. In April 1974 he got married; he and his wife later moved to the nearby 'Bone' area. He had left school at 15, and since that had had a few jobs, as a builder's labourer and a semi-skilled machinist. More often than not, however, like many people in working class areas of Belfast, he was unemployed.

In a lengthy statement to the police on December 7, 1981, he claimed that in the summer of 1975 he had joined the IRA

*"because I knew no-one in the area and by joining I would be accepted and established in the area. I think I thought it would be a game, really, joining it and that there would be excitement."*

Game or not, membership also carried responsibilities. Sworn in in September 1975, between then and December he was involved in vigilante duty, generally

*"keeping an eye on my area, the Bone, for any type of anti-social behaviour".*

Then in December 1975 he went on his first big job - a robbery at Thomas Dixon's in Corporation Street. One advantage for Black was that he knew Dixon's well, having previously worked there for a time. However, as things turned out, this proved to be a disadvantage too. The robbery went wrong, and Black and three companions found themselves under RUC seige. They took the Managing Director and book-keeper hostage and demanded firstly a boat to Hong Kong (!) and later a car to Dublin. After two hours a priest persuaded them to give up. The case was clear cut - not only were they caught red-handed, but the Managing Director had also recognised Black as an ex-employee. Faced with such overwhelming odds, Black for one refused to co-operate with the police. Detective Constable McClure asked Black:

*"Q. Where were you today at about 1.45 pm ?*

*A. I was in Dixon's*

*Q. Who with ?*

*A. Eamon Magill, Paul Mulvenna and Paul Palmer.*

*Q. Why did you go there ?*

*A. Armed robbery.*

*Q. What happened when you went into Dixon's ?*

*A. We fucked it up.*

*Q. What happened then ?*

*A. I am saying nothing more."*

Black got ten years for the robbery, but with half remission, he was out in December 1980. In a statement to police he claimed that about three weeks later he was approached and asked to re-join the IRA. He agreed, joining the Company rather than an Active Service Unit (ASU). ASU members were involved in military operations, but Company members' tasks were to keep order in the clubs, watch out for anti-social behaviour in the area and act as stewards in marches. The slang name for the Company was "the Sweeney" or "the Police Force".

*"About May or June 1981"*

Black claims he was approached and asked to join the ASU. He



agreed. His career in the ASU came to an end rather ignominiously in November 1981. The ASU had conducted a road block in Ardoyne. Black claims he was involved in that road block. Later, with two others from the ASU, he was making his way to a club to read a public statement about the road block. They were unarmed, but had combat jackets on and balaclava hoods and gloves in their pockets. The police, aware of the earlier road block, became suspicious of the three men in combat jackets, chased them and caught them. The men threw the hoods away, but the police found them and arrested the three. It was a minor incident, but the thought of going back to prison, even for a short time, was enough to influence Black in a major way in the next few days.

One question unanswered is whether Black was a good Republican. The question is important, not least because the picture he later painted of the IRA was of a rather disunited bunch of apolitical psychopaths and bunglers, with himself more or less on the edges of what they were doing. There were reasons for the creation of that myth. But it is necessary to emphasise that in many ways it is a myth. The ASU to which he belonged was an able one which escaped detection for a long time; and, to paraphrase Judge Kelly,

*"the probabilities are that by now (their) crimes would be multiplied and (their) terrorist activity unabated"*

had it not been for the events sparked off by the chance capture of Black that November evening. Such a unit cannot survive except by having members who are themselves able and disciplined. There is no doubt that Black would not have been invited into the ASU, or if he had would not have remained long, unless he had shown himself capable.

### THE TRANSFORMATION : BLACK THE SAINT

*"The policeman was just about to go into the shop and I fired about 10 shots at him. I knew I didn't hit him because I was not trying."*

Initially, Black's reaction to arrest and interrogation was exactly what it had been six years earlier: he refused totally to co-operate or even to speak. Yet within two days, Black, in a marathon 10½ hour session, "told all". He named names, agreed to testify in court and identified safe houses. Although there were a number of discrepancies between Black's statement of 24 November and his later, more elaborate accounts of incidents, the fact is that to all intents and purposes the basis of the prosecution case was well and truly laid during that 10½ hour session. His reasons for undertaking such an about-turn were well summed up by Judge Kelly:

*"Black's motives in giving information to the police were entirely of self-interest. The compelling reason was to escape imprisonment, he made no secret of this."*

In return for his co-operation, Black was granted immunity by the DPP, although it is highly likely that the DPP was merely rubber-stamping the deal which Black had already struck with the police. Whichever is the case, both Black and the police now found that their interests converged. Black's usefulness to the police was measured by how many people he could implicate. If he was going to talk at all he needed to talk a lot.

In fact, this was not the only interest that Black and the cops had in common. They would both benefit from playing down Black's role in the events described. In other words, it was not enough to tell everything; he also needed to tell it in a certain way. Black probably realised this without any prompting from the cops. Thus, his initial statements show a number of charac-

teristics which became more refined after his later collusion with the cops in preparing his depositions for the trial itself.

Black undoubtedly transformed certain incidents in order to play down his role in them. His reasons for doing that are obvious; before the immunity question was settled beyond doubt it was important that he tell enough to get that immunity without appearing to be such a "psychopathic terrorist" that there might be some serious questions raised about granting immunity to such a rogue. But once Black began that process of self-canonisation, he had to continue it in later depositions. Moreover, it was advantageous to the cops that he do so, for they could present their star witness not as a "psychopathic terrorist", but as part saint, part dupe, who just happened to get caught up in the sordid activities of a group of people who themselves were undoubtedly "psychopathic terrorists".

Thus Black's statements are remarkable for the extent to which he *doesn't* figure in the incidents he describes. For the most part, he paints his role as that of onlooker or person on the edge of things. When it is unavoidable that he must give himself a central role, then he portrays his actions as principled. In the murder of Julian Connolly, a UDR man, although Black described every detail of the operation, he claimed that his own role was that

*"he had only hijacked the car that was used. He said it wasn't really a hijacking, he had merely got the keys from the owner."*

On one occasion, supposedly asked by his OC to collect information on the movements of a cop, he claims to have fed the OC

*"incorrect particulars on the movements of the car. I told him it did not appear when in fact it had."*

On another occasion, Black was supposed to take part in a shooting, but told his OC that he had promised to take "the wife and kids" to the pictures. Later, in an incident when shots were fired at the cops, he claims he was with the snipers up until a few seconds before the actual shooting. But at the last minute the OC

*"suddenly told me to go out of the house and stand at the top of Arbour Street and keep watch for other peelers"*

Thus, he could describe everything about the supposed event without actually seeming to have any important role in it himself.

And on and on it goes. In short, the "conversion" of Chris Black which in fact took place in Castlereagh for the most mercenary of reasons, was transferred back in time. In Black's account of things he had always been a bit of a saint, always motivated by higher principles than the pursuit of selfish gains. Colluding with Black, Det. Inspector Hyland put it this way:

*"Black stated on several occasions that he was scared because of what he had got himself into and that he did not want to continue on doing the things he found himself being forced to do by the IRA. He said that he would like to make a complete break with the PIRA and all that they stood for and that he would do anything to stop the killings and terror."*

The cops' problem was not so much to get Black to say what he did in the way that he did, but to somehow guarantee that he would continue to do so up to and including the actual trial of the people he'd named.



## THE INTERIM : BLACK BECOMES ONE OF THE BOYS

*"I suppose I'll have to trust you then, I want to get out. I'm fed up with this whole thing. I'm sorry I ever got mixed up with the Provos, they are no good."*

The mutual arrangement that had been reached between Black and the cops in Castlereagh had to be built on in the months following. As other cases have shown, it is not enough for the cops to have the informer agree to sign a statement during the seven days in Castlereagh. The problem is to make sure that he says the same thing months later in court, because the whole, or most, of the case will rest solely on his uncorroborated evidence. There are many obstacles facing the cops in getting the informer into court. Firstly, once the initial shock of arrest and catharsis of "telling all" is over, the informer has time to think, and may change his mind. Secondly, there is pressure on him from friends and relatives outside to retract. And thirdly, the immunity may be unconditional. This was so in the Black case (among others); had he withdrawn (as, for example, Christopher McKeown and Bobby Lean did), he would have walked free. These were the odds against the cops. But there were also a number of factors working for them. Firstly, it would seem that it was only much later that Black realised that his immunity was unconditional. Secondly, by the time that realisation occurred, the cops had had months of ensuring that he would become totally dependent - financially, emotionally, psychologically - on them. As barristers in the trial pointed out, the camaraderie between Black and his minders in court was astounding. They shared knowing glances, whispered words, jokes and reassuring touches. To the innocent observer in court, Black was in fact almost indistinguishable in both appearance and behaviour from his police minders. This matey-ness was something that probably would have grown almost inevitably in the situation where Black, isolated from friends and most of his family, had no-one to turn to except his minders; but in addition the minders surely were aware that his dependence could work for them, and would have manipulated him to that end.

Furthermore, during the long period between arrest and trial, the cops had more than enough time to rehearse Black for the role he was going to have to play in court. Not only did that lengthy period give them an opportunity to doctor the story to suit themselves, or to "prompt" Black about the details of the incidents about which he had initially spoken, but it allowed them the time to put Black's mind at ease about the potentially traumatic court appearance. He had time to learn his script by heart, and in such a situation the court case was probably less threatening than it might otherwise have been.

Lastly, the cops had one trump card up their sleeve. There was every reason to keep Black, the first Republican "supergrass", under wraps as long as possible. But this strategy was threatened by the legal requirement that he appear at a magistrate's court for a Preliminary Inquiry. That appearance could foul everything up. Black could lose his nerve because he had not had enough time to become totally dependent on his minders. Cross-examination could blow holes in his evidence before he had time to learn his script. Relatives or accused could disrupt proceedings and their taunts make him waver. The solution to the cops' dilemma was simple: abandon the Preliminary Inquiry. This was possible under what is called a Bill of Indictment; the DPP went along with the cops and the key witness was safe for another year.

During that year, Black, under police tuition, refined his statements. It was this refinement which later led to defence objections in court. For, while there were no discrepancies worth talking about between his refined statements and his court testim-

ony, there were some major ones between what he had originally said in Castlereagh and his later statements. It was possible, indeed probable, that these discrepancies arose from Black's desire to deliver the goods in a big way to his minders and/or from prompting by those minders.

Black later spoke of incidents which had not been mentioned initially, and these incidents resulted in charges and eventually convictions. For example, Mulgrew, Teer and O'Neill were found guilty of conspiring to murder security forces on one occasion; the alleged conspiracy had not been mentioned by Black in his initial statement. Mulgrew and Teer were found guilty of making 1000 petrol bombs, a charge that arose from a statement after Black was given immunity officially. But by far the most glaring example was his later "remembering" of the supposed incidents which led to the jailing of Tobias McMahon - it was eight months after his initial statement that he named McMahon (see Box).

Secondly, Black's later statements implicate people who were either not implicated at all, or not in this specific incident, in his initial statement. For example, an early account of an attempted murder of cops was later amended to include Teer's name. Prendergast's name was added later in another charge of attempted murder. Kane's name was added to Black's account of a nail bomb explosion. All these statements led to convictions.

Lastly, Black was obviously coached to be clear and emphatic about people he mentioned only very briefly in his initial statement. Thus his later statements are full of sentences such as the following:

*"Just then we heard another explosion ... we knew the explosion was the hand grenade that Hardy had."*

*"Mulgrew then said that it was Braniff that fired the shots earlier that we heard."*

*"One of his (Corbett's) duties was to remove all the money from the till ... and hand it over to two PIRA Brigade Officers known as Starsky and Hutch ... There is no way he would have been trusted to do this job unless he was a member of the PIRA."*

*"Mulgrew told me on many occasions that James Scullion was a member of Brigade Staff IRA ..."*

*"From all my contact with the PIRA over the years, I am satisfied that Mulvenna shot Mrs. Meeke."*

Hearsay, supposition and conjecture - but all counted as evidence.

Faced with all of this, and with the discrepancies in Black's statements, "Justice" Kelly had to reach some decision. He did so quickly. To dismiss any allegations in which there was any discrepancy was not just to lessen the number of incidents and charges, but was also to call into question Black's overall credibility. Consequently, Kelly bent over backwards to find reasons to accept Black's testimony, discrepancies and all.

That he did so underlines, perhaps, the most sinister aspect of the trial. To all intents and purposes the stories worked out between Black and the cops in the early months of his deal with them became the unquestioned basis of subsequent convictions. It was not merely that Black named names, but that in his testimony he began to play the judge; he made judgments, reached conclusions, weighed his own evidence and interpreted it. That these judgments, conclusions and interpretations were not challenged by the Judge - more, that he did all in his power to protect Black when defence counsel challenged them - means in eff-



ect that Black and the police were effectively judge, jury and executioner. From a very early stage, therefore, the outcome was never really in doubt.

In a funny sort of way, the trial was not even necessary, except - and this was its importance - as a pageant, a con to convince the world that the rule of law still did exist here, and that judgment was still in the hands of an independent judiciary.

## THE TRIAL : BLACK THE PROFESSIONAL TOUT

*"He was one of the best witnesses I have ever heard. His manner and demeanour of giving evidence gave a strong conviction that he was speaking the truth."*

(Kelly)

If Kelly is to be believed, it was not only Black who was a rare individual; Kelly himself is almost superhuman. In his final judgment he spends a lot of time explaining the supposed process whereby he arrived at his conclusions about each of the accused.

1. *"My starting point is to determine whether his (Black's) evidence is credible, that is 'intrinsically credible'."*
2. *"Then I shall take into account the other evidence in the case for it may add to his credence or detract from it."*
3. *"If my conclusion is that Black's evidence is not credible, then the accused will be acquitted, unless there is other evidence in the case which by itself proved the accused guilty beyond all reasonable doubt."*
4. *"If my conclusion is that Black's evidence is credible, then I must look for corroborative evidence in each case against each accused."*
5. *"If I find no corroboration in any particular case, then I must warn myself of the danger of convicting on Black's evidence alone, but mindful of that warning I may convict."*

This explanation is superficially impressive. But there are at least two ways in which it is revealed as totally unrealistic if one looks deeper. Firstly, while it *may* be a process that could be carried out by a jury, it falls apart when there is only one judge sitting alone. For example, what can the oft-repeated phrase in Kelly's judgment

*"I warn myself of the danger of conviction without corroboration ... I find the accused guilty as charged"*

really mean? It is no more than a ritualistic device to have it *appear* that normal legal procedures are being pursued. In normal procedures such a warning to a jury is necessary, and may be one further incentive to them to argue long and hard among themselves about the credibility of the witness. But what sort of schizophrenia is required to argue with yourself on the basis of such a self-inflicted warning?

Secondly, most of these 'stages' on the road to conviction are in fact more imaginary than real. For example, 'stage' 4, the consideration of corroborative evidence, in most cases was quickly passed over as there was none. As Kelly himself admits.

*"Much ( he could have said 'most' ) of the 'background' evidence ... from police,*

*military and other witnesses and presented to support Black's evidence at a time, at a place and in a way in which he said it is not corroborative evidence in that it did not implicate an accused in the commission of the offence charged."*

So, in effect there was only one stage, and only one question that Kelly asked: "Do I believe Black?" His answer was, almost inevitably, "yes" in each case. True, a few minor cases were thrown out. But when it came to the meat of Black's evidence, Kelly was overwhelmingly inclined to accept his word exactly as it was.

Of course, it was not just an easy ride for Kelly. It was not as if he was the innocent abroad, conned by a well-schooled and cool witness. The case against the accused hung mainly on the word of one man; that was its strength, but also its weakness, for there were some problems with Black's evidence. Somehow or other Kelly had to deny or explain away these problems.

The first problem for Kelly was that there were a number of discrepancies between what Black had initially said under interrogation in Castlereagh and what he later said in depositions and in court. We have looked at some of these earlier. Now we need to see how Kelly solved the problem. His solution was really quite simple - to deny the importance of the discrepancies.

*"I am quite satisfied that these can be fairly attributed to and excused by his state of mind and to a less serious degree his state of body when he made the statements on the evening, night and early morning of the 23rd/24th November 1981."*

A second problem for Kelly is that Black admitted to having perjured himself in a previous trial. The irony is that the discovery of this perjury came about by accident. Defence QC Tom Cahill asked Black had he ever given evidence before. Black said he had, in a murder case.

*"What evidence did you give?"*  
asked Cahill.

*"I perjured myself"*  
replied Black. Even more ironic was that the case had been tried by Judge Kelly himself! For a moment, Kelly, the prosecution, and the cops, must have seen the whole case slide gently down a drain in front of their very eyes. But Kelly had a solution here too.

The facts are these: in the trial of a man, Crawford, for murder Black claimed to have been with the accused shortly before the murder and shortly afterwards; he specified the times he had been with Crawford, but, although the two of them had met that night, Black told lies about the times. Kelly's explanation is this: Black's alibi did not cover Crawford for the *exact* time of the murder, but only for the times immediately before and after it. Of more central importance was the alibi provided for Crawford by two women. At most, Black's lies partially helped Crawford to make a coherent argument about his movements over a period of time, but they were not sufficient proof of Crawford's innocence. In short, as far as Kelly was concerned, it may have been a prejuring on Black's part, but not a very important one.

A further problem for Kelly was that other witnesses gave different evidence from Black. But this one was perhaps the easiest to solve: Kelly merely denied the credibility of *all* other witnesses. Perhaps the most blatant case of sweeping contradictory evidence under the mat was that of Paul McConville (see Box).



But there were others.

Joseph Kelly (no relation ! ) was found guilty of having been at an IRA training camp in Donegal with Black even though he called 40 witnesses to prove he had been playing in a band on the dates cited by Black. Judge Kelly's solution was to conclude that Black had made a mistake about the dates, but that's all.

*"Black is far too sharp and far too observant to be making a mistake on identity."*

So, Kelly was found guilty.

Anthony Barnes was charged on a number of counts. Barnes in turn accused Black of picking on him because he hated him. In support of this, Barnes had corroboration from the Secretary of the Shamrock Club, who had barred both Black and Barnes after they had had a fight in the club. Kelly did not believe Barnes. Moreover, as for the Secretary of the Club - *'He was not a convincing witness'*. Barnes received 8 years.

Samuel Graham was accused of being Quarter Master in Ardoynne. Black said he and Graham had been sent on one occasion to the house of a Mr. O'Neill to leave a weapon there. Mr. O'Neill gave evidence in court denying the incident. What did Kelly make of this? *'Black's evidence I prefer ...'* Graham got 7 years.

No other witness was believed in preference to Black, especially not the accused. For example, Dessie Breslin was accused of taking part in the illegal roadblock for which Black was originally arrested. Breslin said he had been showing films to 40 children that afternoon when the road block occurred. He said he knew Black to see but had never spoken to him. Kelly's conclusion: *'I do not believe any of this'*. There was no corroboration at all in the case. Breslin got 6 years.

Thomas McKinney was accused of being OC of the 'Sweeney'. Under interrogation he had denied everything, but had on one occasion agreed that he would plead guilty if advised to do so by his solicitor. This was his downfall. Kelly:

*"McKinney struck me as a mature, sensible and articulate man. I do not think that he would talk to the police in the way he did if he was innocent."*

There was no other evidence, and there was the added problem that Black had not named McKinney until three months after his arrest. McKinney continued to deny everything in court, but Kelly knew better than to listen to him. *'I do not regard McKinney's evidence in the witness box as truthful'*. Sentence: 9 years.

Now, it could be argued that Kelly was under no obligation to accept the statements of the accused at all; on the contrary, that he was rightly highly suspicious of them given that they were rogues and "terrorists". But that is to reverse the order of things. The accused were *alleged* 'terrorists'; the only person in court who had admitted to numerous violent acts was Black himself. And yet it was a measure of the depths to which law has fallen that his evidence was accepted in preference to anyone else's.

The final major problem for Kelly was that of corroboration. In the cases of all but one of the accused (that of Kevin Barry Artt) Black had given evidence. Twelve of the 37 people named by Black made verbal or written statements, and although most of them later challenged the validity of those statements, Kelly found them all admissible. These statements were the main corroborative evidence in the trial. There was no crucial forensic evidence directly linking any of the accused with any of the events. There were no irrefutable identifications made by members of the public or security forces. Beyond the confessions, all that existed was evidence to

*"show that the incidents he related and some of their detail did in fact take place"*

(Kelly)

Quoting a 1978 British judgment, Kelly says:

*"Provided a trial judge gives an adequate warning about the danger of acting on the uncorroborated evidence of an accomplice, a jury may convict."*

There is no such rule of thumb for cases where there is no jury. Hence, Kelly's creation of the schizophrenic fiction, as we have seen; he (as a 'trier of fact') warns himself (wearing his other hat as a jury) to be careful about uncorroborated evidence. Hey presto !, that is it.

Having got rid of these four major problems, Kelly found the rest mere child's play. What of the possibility that Black had lied about some or all of the accused? *'Why should he do this?'* asks Kelly. The only possible reason is that he has a grudge against them, but that was only suggested in the case of three of them. What about the possibility that the police provided all or some of the names to Black?

*"There is no doubt that an accused who falsely alleges a terrorist activity against a person runs the risk of this accusation being completely refuted by alibi. That risk must ... increase to a very high degree when he alleges a number of activities against a number of persons spread over a period of months."*

As no alibis could be produced to counter Black (and those which were were rejected by Kelly), then Black must be telling the truth.

Kelly bent over backwards to believe Black. Of the 117 days that he sat in charge of the trial, the 15 most crucial days were those when Black gave evidence and was cross-examined. That evidence was not doubted in any substantial way. Kelly rubber-stamped Black's judgments, dismissed charges against three of the accused, and sentenced the rest to anything from a suspended sentence to life imprisonment. The longest and largest trial in the North's history was over.

## CONCLUSION

*"He and his family have been lodged and maintained by the authorities since his arrest and they will be re-settled and maintained for some time, presumably at public expense."*

(Kelly)

Black did well out of this whole affair - freedom and a new identity, despite all the "crimes" which he admitted to. And the state did well. Its first major attempt to use the new strategy of "supergrasses" against the Republican movement had succeeded admirably.

But others had suffered, most obviously the accused put away for often long periods solely on the word of one person. Even those who got off in the end, or got non-custodial sentences, had suffered the tension and the punishment of being remanded in custody at very least for the four months of the trial, but in some cases much longer than that.

Such little reputation as the judges may have had here suffered severely too. Kelly showed himself no more independent than a puppet in a Punch and Judy show. The fact that, like Punch, he may have held the stick, says nothing. The decisions about guilt were in fact made in advance by the cops and Black working in collusion, and Kelly did little more than rubber-stamp them.



But above all, the supposedly sacred notion of 'the rule of law' expired ignominiously in the midst of the Black trial. Liberal argument has it that emergency conditions sometimes require the bending of the rule of law. But the Black trial went beyond that; in its pursuit of 'criminalisation' by any means, the British state was prepared to break the rule of law. All that is left is empty rhetoric. The words which might mean something in a normal court of law have no substance in a "supergrass" trial - "evidence", "independence of the judiciary", "protection of the innocent", etc. The words are still used, but they function as a smoke-screen to convince those who wish to be convinced that "normality" (more or less) exists here.

The fact is that the death of the rule of law went relatively unlamented. There were voices raised in opposition, but the state and frequently the media could attempt to dismiss these as the voices of supporters of "terrorism". There was little by way of a major outcry from incensed liberals, humanitarians, and lovers of the rule of law. And apart from a few whimpers, there was no rebellion from the legal profession. The show trial strategy had worked - at least for the moment.



**THE LOBSTER:** an interesting new journal specialising in information about the antics of intelligence services, state structures, 'para-politics', conspiracy, and things that go bump in the night. Fun for all the family. 50p.

Subscriptions (6 issues): £2.50/ 12.  
Individual copies: 65p/ 12 (all cheques/ postal orders should be made payable to Steve Dorril) from Robin Ramsay, 17c Pearson Avenue, Hull HU5 2SX.



import voor Nederland:

DE KNIPSELKRANT  
Postbus 7001  
9701 JA GRONINGEN  
NEDERLAND

Lobster nr.4 prijs f5,10  
(incl.porto) bestellingen  
uitsluitend tegen vooruitbeta-  
ling. giro 4246655 tnv De  
Knipselkrant.



Aufgetaucht ist das Schwein hier in Nürnberg 1978, angeblich direkt aus dem Knast in der damals in Nürnberg existierenden Knastgruppe, zu der er aus dem Knast heraus Kontakt aufgenommen hatte. Das ganze lief über die Schiene, daß er sich im Knast politisiert habe...



grosse freiheit

juli/aug. '84

## Wir haben hier in Nürnberg Udo Faust als Bullen-Schwein identifiziert. Er ist 33 Jahre, seine derzeitige Meldeadresse ist Nbg.-Rahtenauplatz 13.

Im Frühjahr 1979 tauchte er dann als 'Vertreter' dieser Knastgruppe auf dem nationalen Knastgruppentreffen in Bielefeld auf. Dort knüpfte er zu Menschen aus anderen Städten Kontakt, genau wissen wir das von Berlin. Im Mai 1979, fiel in Nürnberg einigen Menschen aus dem Widerstand auf: Nachdem die Sondereinsatzkräfte der Bullen damals die Wohnung in der Stephanstraße in Nürnberg gefunden hatten, in der sie im Mai 1979 Elisabeth von Dyck ermordeten, observierten sie hier in Nürnberg gleichzeitig ziemlich breit und penetrant die Treffpunkte und verschiedene Wohnungen der linken Szene. Als sich während dieser Zeit Leute zusammensetzten und anfangen rum zuüberlegen, warum die Bullen 'plötzlich' so massiv und ohne erkennbaren Anlaß da waren, versuchte Udo Faust zu provozieren, quatschte von diversen diffusen Aktionen, die zu machen wären - wollte ablenken-/desorientieren.

Seit diesem

Zeitpunkt gab es dann hier immer wieder das 'Gerücht', daß Udo Faust ein Bulle ist. Es tauchten in diesem Zusammenhang wechselnde Geschichten über seine Vergangenheit auf, die im krassen Widerspruch zu dem standen, wie das sich Schwein versuchte sich politisch zu vermitteln.

Im Sommer 1979 tauchte er dann in Berlin auf, die Kontakte hatte er ja auf dem Knastgruppentreff in Bielefeld geknüpft. Es entwickelte sich in Berlin ziemlich schnell eine 'Beziehung' zu einer Frau, die in Diskussionen mit Antifa-Gruppen stand und die für sich selbst noch dabei war klarzukriegen, wie und in welchem Zusammenhang sie ihre Politik hier bestimmen wollte. Klar hat das Schwein mitbekommen, daß die Frau so gut wie keine politischen Erfahrungen hatte, eben weil sie ziemlich am Anfang stand. Kurze Zeit später quatschte er genau diese Frau auf einer entpolitisierten und somit Bullenebene bzgl. 'militanter Aktion' an.

An dem Punkt wurden die Widersprüche zu ihm so offen, daß die Frau mit Genossen/innen in Berlin darüber redete, was schließlich zu 'nem Gespräch mit dem Schwein führte, um dort sein Verhalten zu problematisieren. Der Fehler dabei war, daß zu wenig nachgehakt wurde, sich Faust da rauswinden konnte, ohne daß das politische Konsequenzen hatte. Deshalb war es dann auch möglich, daß er weiter in der Szene in Berlin auftauchte.

Konkret wissen wir, daß er auf dem Antifa-Festival im Oktober 1979 und auch einige Male im Frühjahr '80 auf dem Trakt-Ini-Plenum in Berlin war.

Faust tauchte dann im November '80 im Prozeß gegen die Amerika-Haus-Besitzer wieder in Berlin auf, bewegte sich erneut in der Szene und versuchte auch Briefkontakt zu einer Frau von den A-Haus Besetzern herzustellen. Er hat

(oft tageweise) und plötzliche Abwesenheit. Daß er so 'nen Job überhaupt mache, begründete er mit Geldstrafen, die er ansonsten mit Knast absitzen müsse.

Trotz dieser Widersprüche, die zumindest einigen auf dem Plenum bewußt waren, schaffte es das Schwein sich genau über das Plenum tiefer in bestimmte Strukturen reinzuhängen. So war er hier u.a. direkt an der Vorbereitung der Anti-Nato-Demo am 25.6. in Krefeld beteiligt und er arbeitete auch von Anfang an (Herbst 83) hier in der Muni-Gruppe mit.

In den

Diskussionen vermittelte Faust fast ausschließlich die Mittel und Maßnahmen der Schweine, überhaupt war es auffällig, daß er ziemlich oft mit 'Spezialwissen' über Aufstandsbekämpfung versuchte, sich zu vermitteln, dazu brachte er auch ab und zu mal Infos aus Zeitungen und Broschüren aufs Plenum mit.

Zusammengefaßt läßt sich sagen: Über die konkreten, praktischen Erfahrungen mit ihm hatten wir nach der Zeit klar, daß er zu kollektiver unnachgiebiger und geduldiger polit. Arbeit nicht in der Lage und auch nicht Willens war - daß wir sein Verhältnis zur Politik auch nie mitbekamen. Die ganze Zeit, die wir ihn mitbekommen haben, war er: ungenau, unsensibel, blockte jede Nähe ab und war auch

## Nürnberg

### Ein Ende abzusehen?

### Noch ein Spitzel verbrannt!

schließlich auch einen Knastbesuch gemacht, aber aufgrund der Diffusität, die er da in seinen Briefen und auch bei den Besuchen vermittelte - hat die Frau dann die Auseinandersetzung abgebrochen.

Hier in Nürnberg

hat er 1982 im Lateinamerikakomitee mitgearbeitet. Im Herbst 1982, nach der Gründung des autonomen Plenums in Nürnberg, auf dem er von Anfang an ziemlich regelmäßig auftauchte, hat er dann auch zum ersten Mal direkt Kontakt zu uns bekommen. Vorher 'kannten' von den Menschen auf dem Plenum einige Faust lediglich vom Prozeß '79 in Nbg. gegen die Gefangenengruppe als 'Prozeßbesucher' und von der Hungerstreikveranstaltung 1981 in Nürnberg, auf der er auch auftauchte.

Nach einiger Zeit fiel uns auf, daß das Schwein in keinem engeren polit. Zusammenhang mitarbeitete und das wir ihn außer auf dem Plenum (und anderen offenen Treffen) nur auf Veranstaltungen und Demos (teilweise) mitbekamen. Von dem wie er lebt, was er sonst noch macht und arbeitet, wußte keiner was. Als er von unterschiedlichen Menschen danach gefragt wurde, das auch als Widerspruch problematisiert wurde, behauptete er, seit 10 Jahren mit einer Frau zusammenzuleben, die 'völlig unpolitisch' sei. Damit begründete er auch, warum es ihm lieber sei, wenn ihn zuhause niemand besuche bzw. anrufe - weil sonst die Frau vom Staatsschutz in polit. Zusammenhänge gestellt wird, in denen sie nicht steht. Gleichzeitig erzählte er noch, daß er für ein Reisebüro in Düsseldorf arbeite, für das er Urlauber in Bayern für Taucherkurse anwerbe. Damit begründete er auch seine häufige

unzuverlässig. Genau aus diesem Charakter seines Verhaltens schöpften wir auch Mißtrauen, hatten ein 'komisches Gefühl' zu dem Schwein.

Anfang 1984 tauchte Faust - nachdem er ne Zeit nicht mehr in Nürnberg gesehen wurde - plötzlich bei zwei Genossen/innen in Nürnberg auf und behauptete, daß er für den KGB (Geheimdienst der SU) arbeite und wahrscheinlich enttarnt sei. Aus dieser Situation heraus wollte er dem antimp. Widerstand seine (speziellen) KGB-Kenntnisse zur Verfügung stellen. Er denunzierte dann fünf zu uns in unterschiedlicher polit. Nähe stehende Menschen als Bullen. Auf Nachfragen nach seinem genaueren Job und wie er dazu kam, behauptete er, daß er über seine Mitgliedschaft in der SDAJ zum KGB kam, als er auf einem der DDR-Camps angeworben wurde. In letzter Zeit habe er in einem Programm des KGB mitgearbeitet, mit dem es darum geht, Strukturen des Widerstands in der BRD so weit zu checken, um im Notstands-, Krisen- oder/und Kriegsfall alle zuverlässigen Genossen/innen hier zu kennen. Er sagte dann noch, daß dieses Programm jetzt beendet sei, - weil wir so durchsetzt mit Bullen seien, habe der KGB das Programm abbrechen müssen. Ansonsten seien genau die beiden, denen er diese Geschichte erzählte, diejenigen die er als zuverlässig einstufte.

Das Schwein

hat die ganze Geschichte auch genau mit seinen Widersprüchen, auf die er ja schon angesprochen wurde, eingeleitet. Es gab da ein längeres Gespräch mit ihm, von genau den beiden Genossen/innen, denen er jetzt diese Geschichte aufzischte. Er bestätigte faktisch



die Widersprüche und machte sie jetzt zum Bestandteil seiner KGB-Legende. So sagte er auch mehrmals, daß er selbst diese Widersprüche auch unerträglich finde - daßer aber so lebe und sich verhalten müsse, dat gehöre eben zu seinem Job dazu. Danach war dat Schwein aus Nürnberg verschwunden, tauchte aber 4 Wochen später plötzlich bei den beiden Genossen/innen auf und wollte ein zweites Treffen, wo er dat klären wollte, was es noch an Fragen gäbe.

Dieses zweite Treffen, bei dem uns aus einer politischen Einschätzung heraus klar war, daß er ein Bulle ist, ist dann zu wenig durchdacht von uns angegangen worden.

Anstatt so an die Sache ranzugehen, wie wir uns Mittel und Möglichkeiten schaffen, um dat Schwein unter Druck zu setzen, haben wir uns - kaum vorbereitet - mit ihm in 'ner öffentlichen Kneipe getroffen. Hätten wir uns mit dem, was hier tatsächlich läuft genauer auseinandergesetzt - ausgehend von den Inhalten

antiimp. Politik und damit auch den Bedingungen, die der Staat unseren Kampf setzt - dann hätten wir sicher auch ein praktischeres Verhältnis zur Dimension der Konfrontation dieser Ebene entwickelt. D.h. wir hätten klargeliebt, daß man so nichts rauskriegen/klar-kriegen kann.

Wir haben uns stattdessen einen Überraschungseffekt ausgedacht: Wir hatten uns überlegt, dat Schwein mit den beiden Genossen/innen zu konfrontieren, die er als Bullen dunziert hatte.

#### Das Treffen

lief dann so ab, daß er bei seiner Geschichte blieb, aber als er merkte, daß dat völlig unglaubwürdig war, war er auch erst mal stark verunsichert. Er reagierte ziemlich kopflos und so kam dann auch 'sein' wahres Verhältnis zum Widerstand raus. Als er Sprüche losließ, wo er sich offen identifizierte mit dem Dreck und den Lügen der psychologischen Kriegs-

führung der Schweine. (z.B.: "die polit. Gefangenen sind alle Kadaver" oder "Bald kommt ihr (womit er die beiden Genossen/innen meinte) eh in den Knast, da könnt ihr Märtyrer spielen, daß ist doch genau dat, was ihr wollt" ... und ähnlichen Staatsschutzdreck.

Wir haben dat dann im Plenum eingebracht, indem wir die Geschichte und unsere polit. Einschätzung dazu mit den Leuten diskutierten. Eine Auseinandersetzung über eine Infiltration unserer Zusammenhänge und Treffen ist in erster Linie immer eine Diskussion über unsere eigene Politik und darüber wie wir verstehen aus Fehlern auch so zu lernen, daßes unseren Widerstand nach vorne bringt. Wir denken, daß die Klarheit von 'ner politischen Perspektive für Anti-imp. Widerstand hier, ein polit. Prozeß ist, der auch von Anfang an Intensität und Nähe, Genauigkeit und Verbindlichkeit beinhaltet.

Nürnberg Mai/Juni 1984

Brazilianen exporteren meer wapens dan koffie  
Morgen 9-7-84

**RIO DE JANEIRO.** - *Brazilië is hard op weg de belangrijkste producent van konventionele wapens te worden. Nu al neemt dit land de vijfde plaats in op de ranglijst van alle wapenfabrikerende landen. En dit trend zet zich in razendsnel tempo voort. De gegevens zijn ontleend aan het Zweeds Vredesinstituut in Stockholm (SIPRI) en kunnen op uiterst eenvoudige manier in Brazilië geleverd worden.*

**D** E Braziliaanse producenten van allerlei soorten oorlogstuig zijn niet alleen uiterst vrijgevig met allerlei details over de industrie, maar de Brazilianen zijn ook erg trots op hun prestatie de wereld elke dag enigszins onveilig te maken.

De productie van wapens levert niet alleen de hard nodige deviezen op, waar het land een deel van de enorme buitenlandse schuld mee zou kunnen betalen, maar de Braziliaanse onderhandelaars hebben in toenemende mate succes als het gaat om ruilhandel. Zo levert het wapens aan Irak en Iran en krijgt van beide landen olie terug, nodig om het industriepark draaiende te houden.

#### Licenties

Brazilië fabriceert allerlei soorten wapens. Ook legerschoenen en laarzen, helmen, kleding en dergelijke goederen die door de traditionele wapenleveranciers niet meer zo winstgevend worden bevonden. Veel van deze productie vindt haar weg vooral naar het Midden-Oosten, de jonge Afrikaanse landen maar ook naar Midden-Amerika. Er worden kogels en ander soortig munitie gemaakt. Vaak in licentie met bijvoorbeeld enkele Belgische

munitiefabrieken. Uit verschillende bronnen is vermeld dat veel van deze in licentie gemaakte munitie terug naar België gaat.

Vandaar vindt het via de haven van Antwerpen per schip of via Schiphol bij Amsterdam per vliegtuig haar weg naar Centraal-Amerika, Afrika of het Midden-Oosten.

Zo fabriceert de Bardini-fabriek bij Sao Paulo 90 millimeter kanonnen die zowel konventionele munitie, maar ook een meer geavanceerde soort gebruikt, die tot voor kort slechts in de meer ontwikkelde landen was te vinden. Op de fabriek wordt uitgelegd dat zo'n projectiel een «flecha» Portugees voor pijl heet. Het gaat dan ook inderdaad om een pijlvormig projectiel van Tungsten gemaakt, dat uit de opening van het kanon komt met een snelheid van 1500 meter per seconde en dat op een afstand van twee kilometer nog steeds een stuk metaal met een dikte van 35 centimeter kan doorboren.

De tank waarop dit tuig wordt gemonteerd wordt, is ook al van nationale fabrikage en weegt maar liefst tweentwintig ton. Een middelgrote tank, de MB 3 Tamoio, die wordt verkocht aan buurlanden als Argentinië, Uruguay, Chili

en Peru. Maar ook verschillende Zuidoost-Aziatische landen hebben belangstelling getoond voor het vehikel waarvan er 15 per maand worden afgeleverd.

#### Invoer

Onderdelen, die niet hier gemaakt worden, komen uit het buitenland. Zo worden bijvoorbeeld de technologie om laserstralen te maken, waarmee het doel gemakkelijk gelokaliseerd wordt geïmporteerd, evenals de computer die een grotere trefzekerheid waarborgt. En het elektronische gedeelte waarvan bronnen in Nederland zeggen dat het bij Holland Signaal vandaan komt.

Naast de tanks worden er ook voertuigen voor troepentransport gemaakt zoals de EE 9 Cascavel pantserwagen, die ingezet wordt voor lange afstand erkenning en als aanvalswagen. Libië heeft er evenals Irak en nog een dertigtal andere landen verscheidene exemplaren van gekocht. Per stuk kosten die dingen iets meer dan een half miljard dollar. En sinds kort financiert Irak de Braziliaanse ontwikkeling van enkele raketten omdat dit tuig met zeer goede resultaten tegen de troepenconcentraties van Iran kan worden gebruikt.

José Luiz Whitaker Ribeiro, directeur van één van de grootste wapenfabrieken van Brazilië, bevestigt dit berichten uit Irak.

«Wij zijn nu al zover dat wij over drie, maar misschien twee jaar landen als Frankrijk en Groot-Brittannië, voorbij zijn gestreefd», zegt hij.

In 1975 was Brazilië nog maar een zeer bescheiden wapen exporte-



rend land. Omdat er in die tijd nog sprake was van grove schendingen van de mensenrechten maakte de toenmalige president Jimmy Carter in 1977 een eind aan het militaire hulpverlende medewerking kreeg van het Ministerie van Buitenlandse Zaken om exporteren, vooral naar andere Derde Wereldlanden te bevorderen.

### Bestellingen

«Om de investeringen rendabel te maken, moesten we wel naar het buitenland», zegt Whitaker. «Het is een kwestie van overleven. Met een zeer groot Lybische order om de Egyptenaren aan de grens tegen te houden, begonnen die investeringen vruchten af te werpen. De Braziliaanse spullen maakten een betrouwbare indruk tegen een redelijke prijs en de opdrachtenstroom is sindsdien eigenlijk nooit meer opgehouden. Engesa, de fabriek die de Cascavel-pantserwagens produceert, maakt nu meer van die voertuigen dan welk land ter wereld ook, behalve de Sovjetunie. En de exporten gaan nu niet alleen maar naar de Derde Wereldlanden. Ook Frankrijk, Canada en Groot-Brittannië hebben bestellingen geplaatst.

Flexibiliteit is één van de sleutelwoorden van het Braziliaanse succes, als het gaat om de wapenverkoop. Het meeste succes echter hebben de Brazilianen met de fabricage van vliegend materieel. Embraer, een onderneming die door de staat wordt gesubsidieerd, is daar het beste voorbeeld van. In zes jaar tijd zijn de verkopen gestegen van 5 miljoen tot bijna 80 miljoen dollar. De onderneming produceert Xavaznte-gevechtsvliegtuigen, Bandeirante-transporttoestellen en Xingu-lesvliegtuigen. De nieuwste ontwikkeling van die lijn is de Tucano waarvan een dozijn nog maar slechts enkele dagen geleden aan Honduras is verkocht. Daarnaast fabriceert Embraer ook commerciële passagiersvliegtuigen met een capaciteit tot dertig stoelen. Er worden dertien types gemaakt die aan 34 landen zijn verkocht.

### Troetelkind

In samenwerking met Italië en Canada wordt het troetelkind van de Braziliaanse oorlogsindustrie gebouwd. Het gaat om een snel wendbaar modern jachtvliegtuig dat met de Franse Mirage zal moeten concurreren evenals met de Engelse Canberra. Het eerste proefmodel is onlangs verong-

lukt. «Maar als de kinderziekten zijn overwonnen, wordt dit vliegtuig een absolute topper van wereldklasse», zegt een marketing-expert bij Embraer.

De oorlog om de Falkland-eilanden heeft de Braziliaanse elektronische ingenieurs geen windeieren opgeleverd. «Toen het duidelijk werd dat de Britten geen antwoord hadden op de exocetraket, zijn we met een aantal mensen om de tafel gaan zitten en hebben besloten dat wij daar iets aan zouden moeten doen. Eén van de resultaten is dat Brazilië waarschijnlijk als eerste land, antwoord heeft gevonden op het moordend tuig uit Frankrijk.

Het ou een onderscheppingsraket moeten worden, die in samenwerking met vier andere landen wordt ontwikkeld.

Het Zweedse Ericsson-koncern brengt een voorstel om een nieuw industrieel park in Brazilië op te zetten. Ericsson is al zestig jaar actief en kent de situatie en mentaliteit door en door. Ditmaal gaat het om een park waar uitsluitend wapens zullen worden gebouwd. De toelating is in enkele dagen rond.

Rapporten waarin te lezen staat dat het klimaat om wapens te fabriceren nog nooit zo gunstig is geweest als nu, verschijnen met de regelmaat van de klok in de Braziliaanse pers.

Saturnino Braga: «Het mag als een bekend feit worden verondersteld dat aan de Mexicaanse burgeroorlog, één van de bloedigste oorlogen die wij in Latijns-Amerika hebben gekend, een einde kwam om de simpele reden dat de kogels op waren en er geen geld was om nieuwe te kopen. Hoe is het mogelijk dat wij daar geen lessen uit hebben getrokken. Blijkbaar is de gierigheid een grotere machtsfaktor dan de wil naar vrede».

Uit een krantenbericht blijkt dat de Zwitserse fabriek «Pilatus» een PC 9 vliegtuig heeft ontwikkeld. Daar kunnen guerrillastrijders mee worden bestookt. Pikant detail: het Zwitserse toestel is tot in de kleinste details gekopieerd van een Braziliaans model. Brazilië was dat land dat ook al heel lang geleden voorbijgestreefd in de strijd om meer wapens te kunnen produceren.

Anton FOEK

## VS-sektes financieren

Morgen 16-7-84

## anti-Sandinisten

(Van onze korrespondent in de Verenigde Staten)

NEW YORK. - Amerikaanse privé-organisaties zoals een protestants radionetwerk hebben tijdens het afgelopen jaar voor miljoenen dollars hulp verleend aan de anti-Sandinistische rebellen in Nicaragua - zo werd gisteren in regeringskringen toegegeven.

Een deel van die hulp werd opgeslagen in militaire basis in de VS waarna het door de Amerikaanse luchtmacht gratis naar Honduras werd getransporteerd.

Deze privé-groepen schenken de contra's vooral voedsel en medicijnen.

De grootste schenking kwam van het „kristelijk radio-netwerk“, een coalitie van rechtse fundamentalistische radio-predikanten die zeven miljoen dollar (vierhonderd miljoen BF) verzamelden voor geneesmiddelen.

Bijna evenveel hulp (6,3 miljoen dollar) werd bijeengebracht door een coalitie van rechtse groepen onder leiding van de „pro-Amerika edukatieve stichting“. Deze groep vroeg en kreeg massieve hulp van farmaceutische bedrijven.

Die medische hulp werd bewaard in militaire basis in Maryland en Michigan. De luchtmacht zorgde ervoor dat de hulp ter bestemming kwam.

Meer dan 4,5 miljoen dollar aan medische hulp - maar ook tonnen uniformen en gevechtsslaarzen - werden bijeengebracht door het tijdschrift *Soldier of Fortune* - een blad dat zich richt op huurlingen, avonturiers plus hun bewonderaars en een neo-nazi-achtige sfeer uitademt.

Het blad stuurde ook „experten“ naar Centraal-Amerika om medische training te geven aan Salva-



doriaanse militairen en Nicaraguaanse contra's.

Voor het transport van de hulp kreeg 'Soldier of Fortune' de hulp van de *air commando association*, een groep van gepensioneerde anti-kommunistische piloten.

In het totaal zou de privé-hulp blijkens de afgelopen jaar meer dan 18 miljoen dollar (1.025 miljard BF) bedragen hebben. Een deel hiervan zou bestemd zijn voor vluchtelingenkampen.

Hoeveel precies naar de vluchtelingen ging en hoeveel naar de contra's is niet geweten.

De contra's streken tijdens het afgelopen fiscaal jaar voor 24 miljoen dollar (1.37 miljard BF) hulp op van de VS-regering. De besteding van dit bedrag werd bepaald door de CIA. Het Kongres weigerde onlangs een regeringsverzoek voor 21 miljoen dollar bijkomende hulp aan de contra's goed te keuren.

De privé-hulp heeft het evenwel voor de CIA mogelijk gemaakt het ingekrompe budget uitsluitend aan wapens en munitie te besteden.

Het is niet duidelijk hoe lang en op welke schaal de contra's hun militaire en terroristische activiteiten aan het huidige hulpniveau kunnen volhouden.

Vermelden we tenslotte nog dat ook linkse privé-organisaties in de VS voor miljoenen dollars hulp verzamelen voor Centraal-Amerika. Deze (vooral medische) hulp gaat naar de rebellen in El Salvador en de regering van Nicaragua. Voor het transport moeten deze privé-groepen zelf instaan.

Tom RONSE

Morgen 16-7-84

## Neo-nazi Kühnen in Vlaanderen?

(Eigen berichtgeving)

BRUSSEL. - Uit goede bron werd vernomen dat een druk gezocht neo-nazi, Michael Kühnen, in ons land is ondergedoken. Hij zou meer bepaald in Vlaanderen onderdak gekregen hebben.

Kühnen ging er in een recent vraaggesprek met de Westduitse televisie prat op niet alleen de Duitse, maar alle Europese neo-nazi groepen te willen verenigen. Hoewel hij ter gelegenheid van vroegere rechtzaken verklaarde dat 'geweld niet tot zijn arsenaal behoort', maakte hij er bij andere gelegenheden geen geheim van dat zijn beweging bereid was om terreur aan te wenden. Dat blijkt ook uit een aantal akties, ondernomen door een adepten van Kühnen: een overval op de Bismarckkazerne van Wentorf, een diefstal van geld, juwelen, munitie en identiteitsbewijzen in Keulen, een munitiediefstal te Reinbek, een overval op een spaarkas te Hamburg én een overval op een patrouille van Nederlandse soldaten op de NAVO-basis van Bergen-Höhne. Plannen voor de toekomst zijn er genoeg: eenheden van de Bundeswehr aanvallen, aanslagen met springstof uitvoeren op NAVO-strijdkrachten, de Berlijnse muur saboteren en het transit-verkeer naar Berlijn ontwrichten.

Opvallend bij deze reeks van nazi-activiteiten is dat alles onder de bekende kamouflagestrategie moet gebeuren, de terreurdaden moeten er immers zo uitzien, dat ze uitiem aan 'links' kunnen worden toegeschreven.

Wie der 'Stern' berichtet, fährt Kühnen täglich von seinem Versteck nach Paris zu einem konspirativen Büro im 10. Arrondissement. Unbehelligt von den französischen Sicherheitsbehörden gibt er dort eine Kampfschrift mit dem Titel „Unser Europa“ heraus, die mit einem Hitler-Portrait versehen ist. Darin erklärte Kühnen, er wolle jetzt „erneut in den politischen Kampf eingreifen“. In dem von ihm als „Zentralorgan“ seiner verbotenen Organisation bezeichneten Blatt schreibt er weiter, er habe in Frankreich eine „Auslands-ANS“ gegründet, mit der er eine „einheitliche, europäische NS-Bewegung“ aufbauen wolle. Zugleich werde er von Paris aus den „nationalsozialistischen Freiheitskampf in der BRD mobilisieren und organisieren“.

Het geheimzinnige genootschap rond mevrouw Rost van Tonningen  
V.N. 21-7-84

## Piet Piryns en Max van Weezel

'Heil!' stond er kernachtig op de titelpagina. 'Beste vrienden en vriendinnen,' vervolgde de schrijfster, F.S. Rost van Tonningen-Heubel, 'wij zijn het jaar 1984 met frisse moed binnengegaan, daar wij er van overtuigd zijn dat we de vriendenkring van het Consortium nog aanzienlijk zullen uitbreiden. Er staan voor dit jaar vele activiteiten gepland, zo hebben bij voorbeeld enkele bekende buitenlandse sprekers toegezegd dit jaar voor het Consortium een lezing te verzorgen. Ook de boekenverkoopdienst zal dit jaar weer worden uitgebreid.'

Het februari-nummer van de 'Consortium Manuscripten' stelde de leden en sympathisanten weer niet teleur. W.P. Zeilmaker, burgemeester in oorlogstijd van de Gelderse gemeente Renkum, had gezorgd voor een heldere analyse van de verloeding van de Nederlandse maatschappij ('toegeeflijk', 'lafheid', 'luiheid', 'halfzachtheid' ook, 'moraal en moreel lijken te hebben afgedaan'). Een zekere 'Gefreiter HP', voor lezers van het blad geen onbekende, poogde enige correcties aan te brengen op het werk van De Jong en Presser: 'Er zijn nog altijd geen sluitende bewijzen voorhanden, die de Duitsers als oorlogsmisdadigers kenmerken.'

Ook het pedagogisch-didactische aspect was door de redactie niet buiten beschouwing gelaten: 'Het aantal Hassannetjes dat meent uit beleefdheid te moeten huichelen, verdient gewoon een pak op de sodemieter, evenals een Nederlands achterbaks knaapje dat verdient. Zo eenvoudig is dat.' Daarna kwam een ooggetuigenverslag van de jaarlijkse winter-zonnewendeviering in de door mevrouw Rost van Tonningen bewoonde villa *Ben Trovato* te Velp. Het was, zoals altijd, een sfeervolle avond. We citeren: 'Om zeven uur werd verzameld in de achtertuin rond de vuurplaats. Het gebeuren werd door toespraken, aarde strooien en vlag hijsen naar het hoogtepunt gevoerd: het ontsteken van het Joelvuur (...) Tijdens het dodenappel begon het vuur echt te branden. Waarschijnlijk niet alleen op het middenterrein, maar ook in ons hart (...) Na een korte uitleg over het runewerpen, gooiden een aantal aanwezigen Hagal-runen in het vuur (...) Nu het Joelvuur hoog oplaait, wordt door bijna iedereen de vuursprong gemaakt (...) Mevrouw Rost

taz Donnerstag, 12.7.84

## Neonazi Michael Kühnen Versteck entdeckt

Berlin (taz) - Der von der deutschen Justiz per Haftbefehl gesuchte Anführer der verbotenen Neonazi-Organisation „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA), Michael Kühnen, hält sich nach Angaben des 'Stern' seit einem Vierteljahr in dem Dorf Chessy bei Paris versteckt. Der vorbestrafte Kühnen war im März 1984 untergetaucht, weil er in Flensburg wegen Verbreitung nationalsozialistischer Propaganda vor Gericht gestellt werden sollte.



van Tonningen vertelde het ware verhaal achter het sprookje van Roodkapje. Na het zingen van een lied en enkele dankwoorden was het officiële gebeuren beëindigd.

Nostalgie? Folklore? Occultisme? Een co-counsel-sessie voor oud-Oostfrontstrijders? Het was het allemaal. Een tikkeltje excentriek? Ja. Onschuldig? Nee. Want het Consortium De Levensboom, dat deze winterse happening organiseerde, heeft volgens zijn statuten tot doel aloude waarden als 'de vaderlandsliefde' en 'het rasbewustzijn', in ere te houden, en over te dragen aan de jongere generatie. De éminence grise van het genootschap, mevrouw Rost van Tonningen-Heubel, stond destijds als vormingsleidster bij Musserts Nationale Jeugdstorm ook al niet bekend als één van de meer rekkelijken. Menige voormalige stormer, streekleider en banvrouw zal zich haar geselende toespoken over de gevaren van homoseksualiteit en vrijmetselarij nog voor de geest kunnen halen. Dat juist De Levensboom als symbool van de nimmer tanende vitaliteit van het oud-Germaanse streven werd uitgekozen, heeft ook zijn voorgeschiedenis. Een Levensboom sierde de ring die de toenmalige jeugdstormleidster Florrie Heubel ten geschenke kreeg bij haar huwelijk met mr. Meinoud Rost van Tonningen, oud NSB-Kamerlid en in de oorlog president van de Nederlandsche Bank. Rehabilitatie van mr. Rost van Tonningen en zijn medestrijders is dan ook één van de meest cruciale doelstellingen van het Consortium.

## Geroyeerd

Eind vorige week werden de weduwe Rost van Tonningen en haar adjudant Cees Ladestein (in zijn vrije tijd ook de strateeg achter het actiecomité 'Rudolf Hess vrij') opgeschrikt door een politie-inval. De autoriteiten namen een forse stapel exemplaren van het genoemde tijdschrift 'Manuscripten' in beslag, benevens een aantal boekwerken die via het distributiecentrum Velp werden verspreid en ook weer naar Duitsland geëxporteerd: 'Der Auschwitz-Betrug'; 'Die Auschwitz-Lüge'; 'Sechs Millionen?'. De Arnhemse officier van justitie mr. J.M.J. Denie bestudeert nu of het in beslag genomen materiaal 'voor joden discriminerende passages' bevat, en of er reden voor strafvervolgning is. De weduwe liet zich door dit tumult rond haar villa niet ontmoedigen, en belegde de afgelopen zondag in het Arnhemse Postiljonnemotel alweer een bijeenkomst waar onder meer over het thema 'Nederlands herstel' werd beraadslaagd. Bovendien zijn in kringen rond het Consortium De Levensboom geruchten in omloop dat de weduwe de oprichting van een nieuwe politieke partij — of nog liever natuurlijk: een volksbeweging — zou overwegen. Een politieke partij die rechts-radicalen zou kunnen aanspreken die Joop Glimmerveen wat te onbehouden, maar Hans Janmaat weer te slap vinden. Mevrouw Rost van Tonningen was tot vorige zomer lid van de

Nederlandse Volksunie, maar werd na een interne machtsstrijd door Glimmerveen geroyeerd. Pogingen van het Consortium om als werkgemeenschap met een nationaal-socialistische overtuiging invloed te krijgen binnen de Centrumpartij, leidden ondanks giften van mevrouw Rost van Tonningen aan de partijkas vooralsnog niet tot het verhoopte resultaat. Want het kwam Janmaat niet goed uit als hij te duidelijk kon worden geassocieerd met een gezelschap dat openlijk leurt met het gedachtegoed van de voormalige rijkskanselier A. Hitler.

Dat juist mevrouw Rost van Tonningen de aanvoerdster van dit veteranenlegioen werd, is in zekere zin toeval. Misschien was dat anders gelopen, als haar voorganger Paul van Tienen halverwege de jaren zestig niet naar Franco-Spanje had moeten uitwijken. Van Tienen was de oprichter van de Nederlandse Europese Sociale Beweging (NESB) die na de bevrijding de tradities van de NSB probeerde voort te zetten, maar ontbonden werd. Van Tienen koos daarna voor het nobele beroep van uitgever. Zijn boekhandel 'Europa' werd gesloten nadat hij het boek 'Adolf Hitler, sein Kampf gegen die Minusseelen' had geïmporteerd, waarvan de moraal globaal luidde dat de ariërs een positieve ziel bezaten, de joden daarentegen een negatieve. Van Tienen kreeg destijds zes maanden onvoorwaardelijk, maar ontkwam aan die straf door tijdig een nieuw bestaan als speelautomatenexploitant aan de Costa Brava op te bouwen. Goede bekenden van Van Tienen als de onlangs overleden mr. J.A. Wolthuis (Van Tienens rechterhand in de NESB) en de al genoemde W.P. Zeilmaker (Van Tienens accountant) vielen later weer in de kring rond mevrouw Rost van Tonningen waar te nemen.

De weduwe besteedde haar energie in die dagen nog vooral aan het elektrotechnisch bedrijf Verina B.V., dat zij in Velp gevestigd had. Maar daar kwam in 1981 verandering in, toen het geheimzinnige Consortium De Levensboom bij de Kamer van Koophandel te Arnhem werd ingeschreven. Kort daarna begaf mevrouw Rost van Tonningen zich ook op het publicitaire pad. Vanaf dat moment verschenen bijdragen van haar hand in het Westduitse tijdschrift *Bauernschaft*, een uitgave van het in de deelstaat Sleeswijk-Holstein gevestigde 'Bürger- und Bauerninitiative'. Dit 'Bauernschaft' — de naam zegt het al — richtte zich oorspronkelijk tot de Bondsrepublikeinse agrariërs.

Dat valt nog steeds af te lezen aan de vele kolommen die het blad wijdt aan de prijs van de kunstmest, de fruikende invloed van de zure regen op de bodemgesteldheid en het niet te onderschatten nut van de compostworm. Maar de hoofdredacteur, *Thies Christophersen*, waarschuwde ooit zijn lezers: 'Dit tijdschrift houdt zich niet enkel bezig met akkerbouw en vee-teelt.' En dat is wáár. Zo kan men uit *Die Bauernschaft* onder meer ook vernemen dat Rudolf Hess vrij moet, de gaskamers in Auschwitz naar alle

waarschijnlijkheid niet hebben bestaan, en de staat Israël zonder twijfel op overheersing van de gehele wereld uit is. Christophersen, die het zelf in 1944 tot Sonderführer in het nabij Auschwitz gelegen kamp Raisko bracht, is zonder meer een veelzijdig scribent. Hij publiceerde de brochure *Die Auschwitz-Lüge* ('Ik kreeg de indruk dat de gevangenen hun onderzoekwerk vol ijver en vreugde verrichtten'). Hij produceerde pamfletten als *Ik ben een racist* en *Ik ben geen democraat*.

Maar hij wil zich ook nog wel eens lyrisch uitdrukken. Zo dichtte hij de regels: 'Graag denk ik terug aan gelukkige dagen/We hadden een zonnige jeugd/Vol geloof aan de toekomst/Vol fierheid op ons volk, onze herkomst/We hadden geen vrees voor werkloosheid/Geen bestaansangst/Zekerheid, orde en tucht' (Th. Christophersen, *Ik was erbij in: Die Bauernschaft* juni 1982). Mevrouw Rost van Tonningen voorzag het blad als correspondentie van historische beschouwingen over het Koninkrijk der Nederlanden tijdens de Tweede Wereldoorlog en van analyses van de positie van de Germaanse vrouw ('Er was één man in Europa, die zo schitterend onze vrouw wist te motiveren: Adolf Hitler'). Maar Christophersen werd in 1983 op weg van België naar West-Duitsland aangehouden, en zit nu negen maanden gevangenisstraf uit wegens discriminatie. Dat betekende dat zijn uitgeverij *Kritik Verlag* in de versukkelling dreigde te raken. Zijn levenswerk zou evenwel worden voortgezet. De import en export van zijn bladen en boeken werd naar de villa Ben Trovato in Velp verplaatst. Althans tot de recente politie-inval.

## Nieuwkomers

Zo zijn we bij de boeiende vraag beland wie de gezworenen zijn die mevrouw Rost van Tonningen zozeer met hun zorg omringen. Dat zijn allereerst een aantal oud-gedienden als de kunstschilder en vroegere vormingswerker bij de SS J.C. *Nachenius*, NVU-voorzitter H. *Heringa* die door Glimmerveen ooit een 'ongenuanceerd en fanatiek antisemit' is genoemd, de oud-NSB'er en wapenhandelaar J. *Kruls* die in de jaren zestig als secretaris van de pangermaanse *Noordbond* al tegen de immigratie van Surinamers en gastarbeiders filmineerde en W.P. *Zeilmaker* (zie boven). In het bestuur van het Consortium zit onder anderen de Vlaamse militant *Stan de Beukelaar* die ooit zijn boekhandels in respectievelijk Valkenburg en Bergen op Zoom door de politie gesloten zag, nadat in zijn assortiment nazi-lectuur, SS-dolken en pantservuisten waren aange troffen. En de Limburgse activist *Cees van Rijn*, organisator van de jaarlijkse herdenkingen van gevallen SS-soldaten op het kerkhof van IJsselstein bij Ven-raij.

Maar onlangs heeft de weduwe ook enkele nieuwkomers mogen verwelkomen. Zo'n aanwinst voor De Levens-



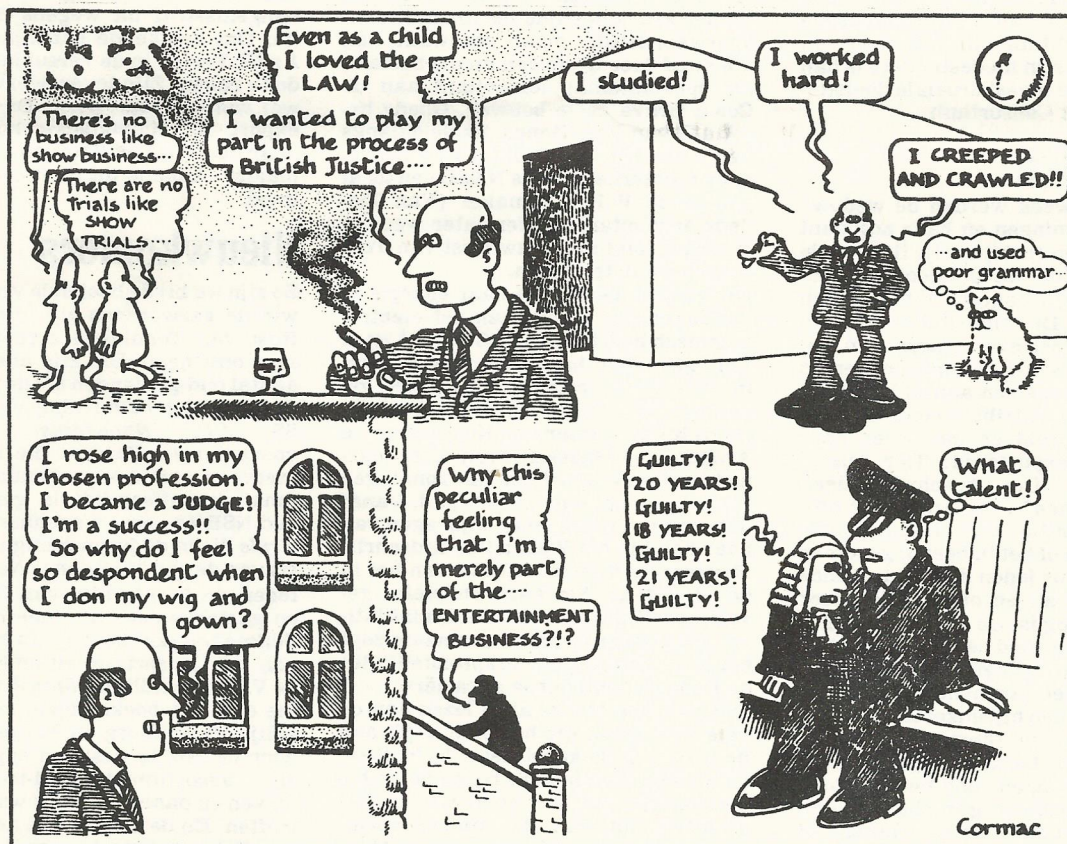
boom is bijvoorbeeld *H.J. Barendregt*, sabbekundige van beroep, voormalig voorzitter van de Nederlandse Volksunie en sinds hij door Glimmerveen werd verstoten niet-aflatend ijveraar voor het samenballen van de krachten ter rechterzijde van de VVD. Het bestuurslid *mr. F. Zoetmulder* is eveneens afkomstig uit de NVU, zijn collega *F. Naerebout* is nog maar kort geleden uit de Centruumpartij gestapt. Maar zonder meer de opmerkelijkste figuur in hun midden is mevrouw Rost van Tonningens kersverse perschef *Joop Zwart*.

Over hem heeft Vrij Nederland al veel moeten schrijven. Zwart was voor de Tweede Wereldoorlog lid van de jeugdbond van de CPN en van Henk Sneevliets Revolutionair Socialistische Partij (RSP). Zijn verstandhouding met de linkse beweging is nogal verkoeld sinds hij in 1960 de Binnenlandse Veiligheidsdienst (BVD) aan bewijlslast hielp te-

gen de toenmalige trotskisten Michel Raptis en Sal Santen, die valse beschelden hadden vervaardigd ten behoeve van de Algerijnse vrijheidsstrijders. Zwart werd later medewerker van het DS'70-gezinde opinieweekblad *Accent*, waarin hij veilig vanachter zijn bureau in Amsterdam schreef onder noms de plume als 'Sacha Potik (Praag)', 'Dusan Topalovic (Boekarest)' en 'Van Tuoi (Saigon)'. Na zijn afscheid van DS'70 leidde hij een teruggetrokken bestaan in zijn woonplaats Arnhem, waar hij bij de verkiezingen van 1982 uitkwam met zijn eigen *lijst-Zwart*, waarvan de politieke doeleinden enige gelijkenis met die van de Centruumpartij vertoonden. Zodat het weinig verbazing meer hoeft te wekken dat hij nu de public relations van mevrouw Rost van Tonningens verzorgt.

Maar zelfs Zwarts zonder twijfel grote inzet zal de voornaamste belemmering voor de groei van De Levensboom niet

kunnen wegnemen. Het is een kras, maar enigszins vergrijsd gezelschap. Het moet op de zondagmiddagen in Velp een vast gespreksonderwerp zijn: wie komen er ná ons? Veel wordt verwacht van de jonge *Cees Ladestein*, die dank zij zijn relaties bij het Nationaal Jeugd Front (NJF) voor nieuwe aanwas zou kunnen zorgen. Verder werd een van de bijeenkomsten van het consortium onlangs bijgewoond door *Chris Quist* van de Viking-jeugd (voor jongeren van 7 tot 77). En in *Manuscripten* bericht 'Gefreiter HP' over de afloop van de laatst gehouden herdenking van SS'ers op het kerkhof van IJsselstein: 'Herdacht werden de tegen alle mensenrechten ingaande gevangenisstraffen van Rudolf Hess, Manfred Roeder en Thies Christophersen. Later kreeg de jongste deelnemer symbolisch vuur aangeboden, als teken van de doorgaande strijd.'





A wink, a nod... or a shake of the hand  
Anarchy summer '83 nr. 36

*The recent London inquest into the death of Italian in which a thousand hands spontaneously join. banker Roberto Calvi has exposed once more the Conspiracy is the normal continuation of normal international links of Freemasons. Stuart Christie politics by normal means".*

*looks at the brotherhood's history and power base and reveals the names of the senior officers of the West's largest secret society. This article was first published (heavily abridged) in the London magazine City Limits. Here for the first time is the full text.*

Freemasonry is one of principal structures that allow the joining of the hands to be a little more than wholly spontaneous.

### What Is Freemasonry?

*"The point of a club is not who it lets in, but who it keeps out. The club is based on two ancient British ideas — the segregation of classes, and the segregation of sexes: and they even remain insistent on keeping people out, long after they have stopped wanting to come in."* Anthony Sampson, *Anatomy of Britain*.

Freemasonry is a particularly British creation which first emerged in the early seventeenth century. Essentially, it consists of three degrees or grades: Entered Apprentice, Fellow Craft Mason and Master Mason. The central theme of all Masonic ritual is the building of Solomon's temple and the soap opera incidents surrounding its construction such as the murder of the principal architect Hiram Abiff and the continuing search for the secret of the lost Keystone. The sinister daftness of it all illustrates the essential madness and badness of power elites as well as providing a diversionary spectacle for the curious outsider.

If secrecy is to be considered a factor in British politics and commerce then without doubt Freemasonry is one of its principal vehicles. Freemasonry is the largest semi-covert organisation of the western bourgeoisie, with over six million members worldwide sharing a vision of a unified work order bound together through a series of interlocking masonic alliances. Among the world's most influential institutions must be the United Grand Lodge of England, the mother lodge of Craft Freemasonry, with its headquarters at Freemason's Hall in Great Queen Street near Covent Garden. It is here that the wealthy and influential members of the British Establishment meet in conditions of ritual secrecy, ostensibly to listen to lectures on Masonic history and to discuss charitable and other Masonic business. In practice, the Masonic brotherhood constitutes a clandestine network for the defence of the status quo and established privilege, a mutual-aid society for the British ruling class.

In addition to the three Craft degrees of Freemasonry which are open to all males who profess a belief in an Almighty Being - including Jews, Muslims, Hindus, Roman Catholics(1), etc. - there are additional side or "Higher" degrees such as the Knights Templar (no relation to the original Mid East Task Force) and the Ancient and Accepted (Scottish) Rite 33° which despite the word "Scottish" are exclusively White, Anglo-Saxon and Protestant. These "side" degrees are "higher" only in the numerical sense, ostensibly, as the Grand Lodge of England practices Freemasonry only within the three Craft degrees and does not admit the existence of any superior Masonic authority. The "side" degrees are conferred by patronage only on a specially approved and strictly limited number of candidates totalling at most a few hundred "brothers", all drawn exclusively from the intimate friendship circles of the British ruling class.

Of course just as a mutual-aid society for gaolers will be different in aims and functions from a mutual-aid society for prisoners (one providing clubs and other hacksaws), so the mutual-aid society of society's privileged power elite will be different from the mutual-aid societies which provide assistance among those whose continued deprivation of the good things in life is the essential condition for the preservation of the privileges of the few.

Since the benefits of privileges — as opposed to its outward trappings — are necessarily largely hidden, so the efforts, the necessarily combined efforts, of those who would defend their privilege are also hidden; that is to say they are more than discreetly being secret and even conspiratorial. Indeed we should not really be surprised to find the US historian Carl Oglesby writing in his book *The Yankee and Cowboy War*:

The top three degrees of 33° Freemasonry are themselves conferred only after a unanimous vote of approval by the "Supreme Council 33 of the Ancient and Accepted Rite of Freemasonry", which itself is recruited, incestuously, from among the Grand Officers or Past Grand Officers of the Grand Lodge of England. The headquarters of this inner Masonic organisation is the Grand Temple of the *Rose Croix* (no relation to the Rosicrucians) at 10 Duke Street, St. James's. It is interesting to note the strong military presence among the exclusively WASP 33°: Major General Sir Ralph Hone, KCMG, Major General Sir Allen Adair, GCVO, Brigadier Alex Cosby Fishburn Jackson, ex ADC to the Queen.

*"Clandestinitism is not the usage of a handful of rogues, it is a formalised practice of an entire class"*

The principal figure in English Freemasonry is the Grand Master of the Grand Lodge of England who is



invariably selected from either the Royal Family and/or the English aristocracy. The present incumbent is H.R.H. Edward Duke of Kent. Once installed the Grand Master then appoints the officers of the Grand Lodge himself — there is no pretence at democracy which would, after all, be out of place among so many aristocrats, captains of industry and masters of our fate.

Apart from the three degrees of Craft Masonry and the confusing number of "side" degrees there is a complex and labyrinthine pecking order of rank and precedence among the officers of the exclusive Grand Lodge which covers over seventy grades of current and past office holders.

There is no publicly available information on the structure, membership or workings of the Grand Lodge, which actively discourages any attempt at investigation. While researching this article I spoke to the Grand Secretary of the Grand Lodge of England, Commander Michael Higham RN, but he refused to allow me to interview him nor would he comment on any of the questions I put to him on the telephone.

Masonic officials are highly paid. No details are available concerning the salaries paid to the thirty-five full time employees of the Grand Lodge, but they must at least be commensurate with the 20 million lire (appx £10,000) plus lavish expenses paid for the part-time services of the Grand Master of the Italian counterpart, the Grand Orient of Italy, Signor Armando Corona. Additionally, Grand Lodge officials have wide-ranging powers of patronage accorded to them by the Constitution. The most powerful position of all is that of Grand Secretary who is appointed by the Grand Master himself and who remains in office until retirement.

### Joining The Brethren

To become a Freemason is not difficult. The requirements for a prospective candidate are that he must be male, twenty-one, and "in reputable circumstances"; he must profess a belief in a God and be prepared to take an oath on a book of Sacred Law "under no less a penalty" of ritual murder, mutilation and being "disappeared" — just like a victim of a Latin American death squad.

The would-be initiate is also forbidden to countenance any act which may subvert the peace and good order of society, must pay due obedience to the law of the State and must never be remiss in the allegiance due to the Sovereign of his native land. To the above list might be added a predilection for dressing up and performing dramatic ritual. The members of the Lodge to which initiation is sought are ballotted as to the candidate's acceptability to their company and membership is refused if three black balls are cast against him in the voting.

The vast majority of the half-million Craft Freemas-

ons who come under the jurisdiction of the United Grand Lodge are obliged by the limitations of their friendship circles and income to remain at the level of the Third Degree, that of Master Mason. The "Higher" degrees and officership of the Grand Lodge are the prerogative of the rich and powerful and not for the likes of working class "brothers" from Hackney or Dalston. The following advice given by the *Masonic Record* in June 1964 although couched in suitably diplomatic language reminded the Freemasons of proletarian origin to remember his place:

"He (the brother) must consider how much time he can devote to Freemasonry without detriment to family, business and his other commitments. The more he progresses in Freemasonry the greater will be the demands on his pocket and he must decide whether he can meet these extra financial obligations."

For those with time, money, friends and influence the Masonic world is their oyster and they can join as many lodges as they can afford — and will have them.

Nor are the restrictions imposed by the credit-rating of the less-privileged brethren the only drawbacks to Masonic advancement. Aspiring upwardly mobile Freemasons who join with an eye to discussing the price of beer with the Duke of Edinburgh, the Duke of Kent, Lord Cornwallis and other distinguished members of the Craft are in for a disappointment — there are lodges and lodges and, like Orwell's animals, some brethren are more equal than others.

As with the now notorious secret or "covered" lodges "P1" and "P2" in Italy the latter which had a coded membership of 2,400 brothers although only 953 names were disclosed (2), there are a number of the 1679 lodges in London and the 5,865 Provincial lodges whose purpose is to bring together into single discreet bodies "brothers" who hold high public or private office and who wish to remain at a suitable distance from the hoi poloi of Freemasonry.

Thus, there are lodges whose members are recruited exclusively and selectively from among the ranks of particular power elites: mayors and Lord Mayors of London, the Bank of England, chartered accountants, architects, the legal profession, the merchant navy, the armed services, the Metropolitan Police, broadcasting. There is even a Council of Public School Lodges.

Success and promotion in any of the professions is eased by membership of the Craft. The Royal College of Surgeons and Royal College of Physicians, for example, appear to be an exclusively Masonic preserve. In his book *The Doctors* (Gollancz, 1965) Paul Ferris quotes a senior physician as saying "No one would become surgeon to the Queen unless he was a



Mason." This tradition dates back at least as far as "I... in the presence of the Great Architect of the Universe, and of this worthy, worshipful, and warranted Lodge.... sincerely and solemnly promise and swear, that I will always help, conceal and never reveal any part or parts, point or points of the secrets of Masonry in Masonry ... under no less a penalty, on the violation of any of them, than that of having my throat cut across, my tongue torn out by the root, and buried at a cable's length from the shore, where the tide regularly ebbs and flows twice in twenty-four hours ... So help me, God, and keep me steadfast in this my Great and Solemn Obligation of an Entered Apprentice Freemason." (The candidate then seals his oath by kissing the volume of Sacred Law.) — Oath of Obligation administered during the Ceremony of Initiation.

Queen Victoria and a member of the Prince of Wales Lodge, in order to cover up the embarrassing and potentially dangerous secret marriage of the Duke of Clarence, the Prince of Wales's oldest son and the heir to the throne of England, to an Irish Roman Catholic servant girl. The victims were in fact the "Duchess" herself and her friends, witnesses to the marriage. — Oath of Obligation, Second Degree.

Freemasonry is particularly strong within the armed services where it is seen as an extension of the fellow-ship of the regiment. There are 42 lodges in the British cavalry regiments alone, 25 in the Royal Regiment of Artillery and a number of Royal Marine lodges. The exclusive elite of the British Army, the 22 SAS and "Artists Rifles" (21st SAS) have a lodge (Byfield) which meets on the second Monday of every month at the Duke of York's HQ in Chelsea. The Senior Service have their own exclusive lodges such as Royal Navy Lodge 2612 whose members include such worthies as the Duke of Edinburgh and the present Grand Secretary, Commander Michael Higham. And here are some of the laws which might have applied:

"I ... in the presence of the Most High ... solemnly promise and swear ... under no less a penalty ... than that of being severed in two, my bowels burned to the earth and wafted by the four cardinal winds of the heaven." — Oath of Obligation, Third Degree.

"Every person, who shall in any manner or form whatsoever administer or cause to be administered, or be assisting at the administering of any oath or engagement, purporting or intending to bind the person taking the same to commit any treason or murder ... shall, on conviction thereof by due course of law, be adjudged guilty of felony". — Unlawful Oaths Act 1812.

the authoritative study of contemporary Freemasonry *The Unlocked Secret*, was told by a spokesman for a large masonic outfitter in Great Queen Street that much of the firm's successful business rested on export orders for regalia received from NATO troops in Europe, an indication as to the extent of Masonic strength among the officer corps of the British and other NATO armed services. "All persons who shall conspire, confederate and agree to murder any person, whether he be a subject of Her Majesty or not, and whether he be within the Queen's dominions or not, shall be guilty of a misdemeanour and shall be liable to imprisonment for any term not more than ten years." — Offences Against the Person Act 1861.

Less bloodthirsty oaths than Masonic ones, but instead administered by trade unionists in the early part of the 19th century were punished severely, as in the case of the Tolpuddle Martyrs. Here are some Masonic examples:



Unlawful Societies Act 1799 by the intervention of say, who joins a conspiracy after its formation, who the Fourth Duke of Atholl and the Earl of Moira. lends his aid to it knowingly, in furtherance of its They were equally able to ignore other repressive objects, is just as guilty as the man who was there statutes and legislation directed against the nascent at the beginning. He can even join during the impl-working class and radical organisations: the Seditious ementation of the conspiracy."

Meetings Act 1817 and the Promissory Oaths Act

1868 which specifically provided that any society requiring members to take an oath when they join shall substitute a declaration for an oath.

Every Masonic lodge is required, however, to submit an annual return of the names, addresses and occupations of its subscribing members to the Clerk of the Peace for the county in which the lodge is held. This information is not available to the general public nor is it, apparently, collated by central government. The fact that most Clerks of the Peace are likely to be Freemasons themselves will help ensure the information remains among "friends".

Also, the permeation of the entire legal profession by Freemasonry from the Lord Chancellor's Office to the most far-flung provincial lawyer and JP or Sheriff — the conspiracy makers and arbiters themselves will no doubt ensure that Freemasonry remains a locked secret.

In April 1951 Fred Longden, a Labour MP, called for a Royal Commission of Enquiry into Freemasonry, but this was rejected by Herbert Morrison the then Home Secretary and the matter has never been raised seriously since then.

### Who's Who?

#### A Criminal Conspiracy?

Although most of the laws relating to the taking of oaths were cleared from the Statute Books with the Criminal Law Act 1967 the Masonic Oaths — even though they have for the most part, since 1964, been abbreviated for the benefit of the squeamish to the euphemistic "ever bearing in mind the ancient penalty" — are clearly in contravention of the Conspiracy Laws so beloved of the English judiciary for use against the organised working class.

The prime justification for the use of the Conspiracy Laws is that it enables the law to intervene at an early stage before a contemplated crime has actually been committed. Lord Diplock defined conspiracy thus "... that the offence lies not in the overt acts themselves ... but in an inferred anterior agreement to commit them..." There can be little doubt that a sacred promise to countenance and agree to premeditated ritual mutilation and murder falls within the category of an agreement to commit a crime.

In his summing up in the conspiracy trial of the Shrewsbury Three in 1974 Mr Justice Mais directed the jury to consider the following: "... conspirators do not publish their agreement or design. The whole object of conspiracy is something secret, and so it is necessary to see whether the surrounding circumstances and facts as found by you are such that you can infer a conspiracy and that an accused was part of that conspiracy ... I must tell you that conspiracy, generally speaking, is a matter of inference. It is seldom expressed in words still less in writing, and it can be inferred from conduct, by the words and actions of those concerned... Now it is not necessary that all conspirators, or the accused here, should join the conspiracy at one and the same time. It is not necessary that they should all join at the beginning, or that they all originated the idea. They needn't all know the smallest detail but there must be knowledge of the general scheme... a man, as I

in national affairs of State and business there is little doubt that Freemasonry provides a serious instrument of influence for the relatively small number of people who wield real political and economic power in Britain today: Cabinet Ministers, senior civil servants, senior police officers and leading members of the armed services, executives of local authorities, senior judges, prominent churchmen, industrialists and trade union leaders.

The following list is a breakdown of just some of the 400 odd past and present living people we have been able to identify as *office-holders* in the Grand Lodge of England for the years 1982/83:

#### Legal

The Rt. Hon Sir John Arnold (President Family Division); His Honour Judge Rodney Bax QC, the Rt. Hon Viscount Bledisloe QC, Mr Registrar John Bradburn (Registrar in Bankruptcy and of the Companies Court, High Court of Justice, Clerk of the Restrictive Practices Court and Lord Chancellor's Legal Visitor), Sir Lionel Brett, the Hon. Mr. Justice Mervyn Davies, Mr Registrar T.L. Dewhurst, the Hon. Mr. Justice Drake, the Hon Robert Kinley Eason, His Hon Judge Brian Gibbens QC, His Hon. Judge J.E. Jones, The Hon Mr Justice Leonard (Common Sergeant in the City of London, ex Chairman Criminal Bar Association, etc.), F. Ashe Lincoln QC, the Hon Mr. Justice Reeve, His Hon Judge Michael Underhill QC, His Hon, Judge P.M. Slot, His Hon Judge Sir William Stabb QC, Sir John Chalmer Stubbings (Partner Payne Hicks Beach & Co. Solicitors, President Law Society), Andrew Felix Waley QC (Recorder of the Crown Court), The Rt. Hon Lord Justice Waller OBE'

#### Aristocracy

The Hon Edward Latham Baillieu, the Rt. Hon Lord Barnard, Viscount Chelsea, the Rt Hon Lord Cornwallis, Most Hon Marquess of Donegal, the Rt



Hon Earl of Eglinton and Winton, H.R.H. the Duke of Kent, H.R.H. Prince Michael of Kent, the Rt Hon Lord Kenyon (Dir. Lloyd's Bank), the Rt Hon Lord Rathcreedan, the Rt Hon the Earl of Shannon, the Earl of Stradbroke, the Earl of Derby, Earl Cadogan, the Rt Hon Lord Porritt, the Rt Hon Lord Harris, Lt Col the Rt Hon Lord Burnham, the Rt Hon Lord Swansea, the Most Hon the Marquess of Zetland.

#### Commerce

Arthur J. Davis (Chief Gen Man Lloyd's Bank), Sir Abergavenny is a quiet market town with a population of about 10,000 and one Masonic lodge with Stewart Frere (ex Pres. Wm. Heinemann Ltd., about 170 members. On the Conservative-controlled Publishers), Sir Peter Gadsen (ex Lord Mayor of 16 seat council many of the Tories were Freemasons, London, Member of Lloyd's), Sir Gilbert S. Inglefield including solicitors and the managers of the three (ex Lord Mayor of London), Arthur Harris Ley, High Street Banks, the Town Clerk, the Deputy FRSA, FRIBA (former partner Ley Colbeck & Town Clerk, the Borough Treasurer, the Housing Partners, Architects), Alan Lamboll (Member of Manager, the Clerk to the Magistrates, the owners of Lloyd's, ex-Sheriff of London, Sec. Ross McWhirter the Abergavenny Chronicle, the Master of the Taly- Foundation), Sir Kenneth Newman (Chmn Garnar bont Hunt, the head of the Abergavenny police force, Scotblair Ltd., General Commissioner for Income three segeants and a detective constable, 17 shop- Tax), Sir Oliver Chesterton (Chairman Woolwich keepers and 16 local businessmen. If Abergavenny Building Society and Crown Estates Commissioner), could be said to have an Establishment it was to be Sir Alexander Ross (Chmn United Dominion Trust found at the monthly meetings of the local St. John's Ltd., Eagle Star), Sir James Stubbs, Lt Col Neil Lodge. The *Tameside Eye* investigation into the Gordon Thorne, OBE, MP (ex Partner Hull & Co., sixty lodges in the Greater Manchester area showed a similar picture of a cohesive and all-pervasive network underpinning vested interest and privilege.

#### Civil Service

Sir Arthur Llewellyn Armitage (Prof Emeritus of Common Law, Un. of Manchester, Chmn Social Security Advisory Committee and numerous other advisory committees including the Political Activities of Civil Servants and the National Advisory Council on the Training of Magistrates), William Derrick Pattinson (ex Treasury now Sec Gen General Synod of the Church of England), Anthony F.A. Sutherland (ex Under Sec Dept. of Employment), Sir Herbert Tetley KBE (ex Govt Actuary), Charles Freedman (Commissioner, Customs & Excise).

#### Armed Services

Major General Sir Allen Henry Adair GVCVO, General Sir Rodney Moore GVCVO (Chief Steward Hampton Court Palace), Major General Sir Ralph Hone KCMG, Major General Sir Leonard Atkinson. There is also one Brigadier, 10 Colonels, four Lt. Colonels, one Major and one Captain representing the Army; one Captain, three Commanders and one Lt. Commander from the Navy and one Wing Commander and two Squadron Commanders from the Royal Air Force.

This list of officers of the Grand Lodge also contains 14 Privy Councillors and 21 Deputy Lieutenants of Counties.

#### Mafiosi

It is not only in national affairs that Freemasons can exert their influence. The extent to which Freemas-

onry can exert a powerful grip on the life of a community has been illustrated by the investigations carried out by local radical papers such as *Rebecca* and *Tameside Eye*. Journalists from both papers obtained the masonic membership lists for their respective areas. The investigation into the Abergavenny Freemasons showed just how ubiquitous and pervasive Freemasonry can within the power structure of local politics, commerce and privilege.

#### Charity Begins At Home

Freemasonry claims for itself the status of a privately exclusively male club whose members are dedicated to the ideals of universal brotherhood and morality which finds its principle expression in its charitable works. But in the UK — as opposed to Craft Freemasonry in the US — the main benefactors of Masonic charities: the Royal Masonic Benevolent Institute (which owns a block of a hundred flats at Harewood Court, Hove), the Royal Masonic Institute for Girls, the RMI for Boys and the Royal Masonic Hospital. The Queen is patron of all with the exception of the Hospital.

In 1981 Commander Higham, the Grand Secretary, authorised the transfer of the assets of the "Fund of Benevolence" — which at the time stood at £2,496,961 — to the Grand Charity, the only registered masonic charity which does not mention a specific purpose in its articles of association (i.e. "for relief of distressed dependents of Masons"). In fact the stated aims of the Grand Charity are sufficiently vague as to cast serious doubt as to its claims to be a charity. The monies at its disposal can now be distributed to: "such charitable institutions, objects or purposes as the council shall have at its absolute discretion determine". The assets of the Grand Charity at the end of 1981 stood at £2,638,447 while its income for the year was £834,589, including over half a million in contributions from the Craft and a quarter of a million in dividends and interest from stocks and bonds (Distillers, Imperial Group, Marks and Spencers, Rank Hovis McDougall, etc.). The



25 members of the Executive Council of the Grand Charity include a Commissioner of Customs and Excise (Charles Freedman), one ex-Lord Mayor of London (Sir Peter Gadsden) and the President of the Law Society (Sir John Chalmer Stebbings).

Masonic charities would appear to come under the category of Friendly Societies as they are primarily self-serving institutions, but they are in fact registered Charities and present their accounts infrequently.

#### International Links

For many years the Grand Lodge of England disavowed the European Grand Orient Lodge because of their alleged permeation by freethinkers and revolutionaries. It may not be entirely coincidental that the Grand Lodge of England finally recognised the Grand Orient of Italy in 1972 at the height of extreme right-wing machinations in both the UK and Italy (in Italy these being mostly closely linked with the Italian Grand Lodge and the secret lodges such as 'P1' and 'P2'), thus bringing Italy back into full membership of the international Masonic community after 110 years in the "wilderness".

The principal architect of this historic rapprochement was the then Grand Master of the Grand Orient, Lino Salvini, an extreme right winger who immediately set about involving the masonic movement in a series of financial and political intrigues which included moves to sabotage the proposed amalgamation of the three main Italian trade unions. These manoeuvres had the financial backing of Fiat and the Italian employers' federation who donate in the region of 100 million lire a year to Masonic coffers.

It is equally a matter of interest that within 24 hours of the discovery of the hanged body of Roberto Calvi on 17 June 1982 — a death which occurred in an almost ritualistic setting under the arches of Blackfriars Bridge with the tidal waters of the Thames lapping at his feet ('P2' members were known as the 'Black Brothers') — the present Grand Master of the Grand Orient of Italy, Armando Corona, made a hurried trip to London accompanied by his Grand Secretary, De Stefano, to discuss Calvi's death with officials of the Grand Lodge in England.

Calvi's escape to England had been organised through-out by fellow 'P2' member and neo-fascist financier Flavio Carboni and the man who safehoused Calvi in London was a London Freemason by the name of Michael Morris.

#### Whose Conspiracy?

"As long as you know what the agreement is, then you are a conspirator. You needn't necessarily know your fellow conspirators, nor need you always be active in the conspiracy. All you need know is the agreement. It can be effected by a wink or a nod,

without a word being exchanged. It need have no particular time limit, no particular form, no boundaries." Mr Justice James (later Lord James) summing up in the 'Angry Brigade' trial, 1971.

Freemasonry is not a conspiracy in itself, nor is it the repository of any hidden secret or arcane knowledge. Neither is Freemasonry attractive to fascists of the old or new variety who view it with the greatest antagonism, seeing in it the hidden hand of Bolshevik subversion and a tool of International Finance Capital — a polite euphemism for what they believe is the Jewish world conspiracy. Politically speaking, Freemasonry is a vehicle for the 'extremists of the centre'.

For the vast majority of Freemasons the Craft permits them to get away from their wives on a regular basis and rationalise it to themselves — and others — in a good and worthy cause. The Minister at London's City Temple, the Reverend Leonard Griffith, explained his misogyny to Masonic researcher James Dewar: "I think there is a man's world and I think every man needs to get into that world occasionally and masonry is perhaps one expression of this. Certainly in the Churches I've always been depressed by the fact that there seems to be a much larger proportion of women than men. I like to be with men and perhaps that's one reason why I enjoy attending a meeting of the Masonic Lodge."

What inference can we draw concerning the covert power and influence which Freemasonry may exercise among its members — there are, after all, many secret, semi-secret and exclusive societies and clubs either contending for power or warding off attempts by outsiders to undermine their own position in the great pecking order.

Success in an authoritarian and competitive society — as in totalitarian societies — depends on knowing more about the opposition and their plans together with the ability to monopolise that information and use it intelligently. Conspiracy is, as Carl Oglesby affirms standard practice among all power groups, occult or otherwise. What they fail to recognise is that ultimately secrets are more dangerous to those who hoard them than to those excluded from the information cycle.

Freemasonry is all things to men. Freemasons argue that the Craft consists of enlightened and disinterested persons who cherish humanitarian and charitable goals and who combine co-operatively to realise mutual aspirations. In reality Freemasonry cannot but provide a conduit for the bribery, corruption and subornation that are endemic in any system of privilege. The secrecy and exclusiveness of the Craft creates an unbridgeable gap between the Masonic view of the world and those outside the brotherhood who, in effect, do not exist for Freemasons except inasmuch as they aid or hinder their political or



career ambitions. Count Windischgratz, an astute healthy world order depends on strong masonic observer of human nature and the activities of secret alliances among right thinking men.

societies wrote in 1788: '... they are likely to encourage habits of mind and behaviour destructive of attention to the ordinary moral and social duties. The danger of degeneration from the high ideals of a power wielders and backroom policy makers in our secret brotherhood will always be present because of local communities. Mason spotting is one such way of the difficulties of reconciling the secret obligations going about this. Lodge meetings and Masonic functions to the society with the outside world. Claims to use ions are usually advertised in the local papers, while the opportunities of secret organisations for the the more important events in the Masonic calendar preparation of the regeneration of the world are covered regularly in the Daily Telegraph. Masons always to be regarded as dubious, given men's ordin-themselves can be easily identified going to and from any weaknesses.'

The claim by Freemasons that the Craft provides and small cases in which they carry their regalia and "brotherhood" is equally fictitious. The exclusiveness "jewels". Apart from the regular lodge meetings it is of the inner circles of the "Higher" degrees and the useful to know Freemasons also celebrate certain hierarchical structure of the Grand Lodge itself based saint's days and attend special lodge functions on or on patronage, rank, precedence and wealth have more close to those days: St. John the Evangelist, 27 in common with the murdering barbarians of the December (1st Sunday after Christmas); St. George's Mafia or the Union Corse than with a universal Day, 23 April (1st Wednesday after); St. John the Baptist (24 June). St. Barbara, St. Thomas and the Four Crowned Martyres are among other saints with particular significance to members of the Craft.

Although Freemasons do constitute a powerful pressure group because of their positions in society it would of course be very wrong and misleading to see them as some sort of omnipotent cabal controlling the course of human affairs. Freemasons, like the Roman Catholic Catenian Association, the editorial board of Searchlight, MI5, the KGB or any other exclusive group, have as much idea as anyone else as to what is going on in the world. What Freemasonry provides is a well organised and efficient syndicate capable of defending and extending the influence of those who already wield power.

Certainly, no evidence exists of criminal manipulation of the Craft by Freemasons. Finding tangible proof of criminal conspiracy among any cohesive and tenacious combination or friendship circle is like hunting for something solid in a sea of tapioca pudding. Also, most conspiracy theories are invariably so loosely defined that all evidence which does not time in with the thesis is usually dismissed as part of the cover-up, but the law is quite specific.

Stuart Christie

In his summing up in the Shrewsbury Three conspiracy trial in 1974, Mr Justice Mais told the jury: "(A conspiracy) is seldom expressed in words, still less in writing, and it can be inferred from the conduct, by the words and by the acts of those concerned ...".

The one solid conclusion we can reach is that Freemasons do constitute an important political, social and business pressure group and the potential, at least, to exert a powerful influence at national and international as well as local level. The relationship between the Establishment is symbiotic and mutually supportive and the Craft provides a parallel power structure linking financial, administrative, military and other power elites whose vision of a cities, etc.

Footnotes  
1. Solemn excommunication for baptised believers who became Freemasons is no longer automatic according to the recently published Codex of Canon Law in the Roman Catholic Church. There is also a document from the Congregation for Doctrine and the Faith which, together with a series of official and semi-official pronouncements have more or less cemented the peace between the Vatican and Freemasonry.

2. During the investigation into Michele Sindona's Banca Privata Italiana, a conduit for Mafia, fascist and secret service money, police discovered a list of 953 members of Lodge 'P2'. Members included three Cabinet Ministers, 30 generals, eight admirals, including the head of the armed forces, the heads of two intelligence services as well as the civilian collator of intelligence, 43 MPs, police chiefs of Italy's four main